Ziele für nachhaltige Entwicklung
Bericht 2018

Vereinte Nationen

Inhalt

3 Vorwort

4 Überblick

16 Eine Datenrevolution im Gange

18 Ziel 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

22 Ziel 7: Bezahlbare und saubere Energie

24 Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

26 Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion

28 Ziel 15: Leben an Land

30 Ziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

34 Hinweise für die Leser

35 Regionale Gruppen

Ziele für nachhaltige Entwicklung
Bericht 2018

Vereinte Nationen
New York, 2018

Vorwort

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bietet einen globalen Plan dafür, wie Würde, Frieden und Wohlstand für die Menschen und die Erde jetzt und in Zukunft zu verwirklichen sind. In ihrem nunmehr dritten Umsetzungsjahr sind die Länder dabei, diese gemeinsame Vision in nationale Entwicklungspläne und -strategien zu überführen.

Der *Bericht 2018 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung* wirft ein Schlaglicht auf die Fortschritte, die in vielen Bereichen der Agenda 2030 erzielt werden. Seit der Jahrtausendwende sind die Müttersterblichkeitsrate in Afrika südlich der Sahara um 35 Prozent und die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren um 50 Prozent gesunken. In Südasien ist für Mädchen die Gefahr, im Kindesalter verheiratet zu werden, um mehr als 40 Prozent zurückgegangen, und in den am wenigsten entwickelten Ländern hat sich der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Elektrizität mehr als verdoppelt. Weltweit gesehen ist die Arbeitsproduktivität gestiegen, und die Arbeitslosenquote ist gesunken. In mehr als 100 Ländern gibt es Maßnahmen und Initiativen für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion.

Der Bericht zeigt jedoch auch, dass in einigen Bereichen die Fortschritte nicht ausreichen, um die Ziele und Zielvorgaben der Agenda bis 2030 zu erreichen. Dies gilt insbesondere für die am stärksten benachteiligten und marginalisierten Gruppen. Jugendliche sind dreimal so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Erwachsene, und weniger als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen erfüllen die Mindeststandards im Lesen und Rechnen. 2,3 Milliarden Menschen hatten 2015 noch immer keinen Zugang zu einfachster Sanitärversorgung, und 892 Millionen Menschen verrichteten ihre Notdurft weiter im Freien. Fast eine Milliarde Menschen, vorwiegend auf dem Land, haben nach wie vor keinen Zugang zu Elektrizität. In Afrika südlich der Sahara beträgt die HIV-Inzidenz bei Frauen im gebärfähigen Alter das Zehnfache des weltweiten Durchschnitts. Neun von zehn Stadtbewohnern sind Luftverschmutzung ausgesetzt. Und wenn auch einige Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen abnehmen, so hindert die Ungleichstellung der Geschlechter Frauen doch weiter an der Entfaltung ihres Potenzials und beraubt sie grundlegender Rechte und Chancen.

Konflikte, Klimawandel und wachsende Ungleichheit schaffen zusätzliche Herausforderungen. Nachdem die Zahl der unterernährten Menschen lange Zeit zurückgegangen war, stieg sie 2016 auf 815 Millionen, gegenüber 777 Millionen im Vorjahr, was hauptsächlich auf Konflikte, Dürren und mit dem Klimawandel verbundene Katastrophen zurückzuführen war. Die Hurrikan-Saison im Nordatlantik war 2017 so kostspielig wie noch nie, und die globale Durchschnittstemperatur lag über die vergangenen fünf Jahre hinweg höher als je zuvor.

Nur wenn wir genau wissen, wo wir stehen, können wir den Weg zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung klar vorzeichnen. Daher befasst sich dieser Bericht auch mit den Herausforderungen bei der Sammlung, Verarbeitung, Analyse und Verbreitung verlässlicher, aktueller, zugänglicher und ausreichend aufgeschlüsselter Daten und fordert eine bessere datengestützte Politikgestaltung. Dank moderner Technologie lassen sich die Daten zusammenstellen, die wir benötigen, um unser Versprechen, niemanden zurückzulassen, einzulösen. Zur Nutzung der heute verfügbaren Werkzeuge sind jedoch politische Führungsverantwortung, Ressourcen und Engagement erforderlich.

Bis zum Ablauf der Frist im Jahr 2030 verbleiben nur noch 12 Jahre; daher müssen wir Handlungsdruck schaffen. Die Verwirklichung der Agenda 2030 verlangt sofortiges und beschleunigtes Handeln seitens der Länder sowie kooperative Partnerschaften zwischen Regierungen und Interessenträgern auf allen Ebenen. Die ambitionierte Agenda erfordert tiefgreifende Veränderungen – weiterzumachen wie bisher reicht nicht aus. Die Vereinten Nationen tun das Ihre, indem sie Reforminitiativen zur Neupositionierung des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Agenda 2030 in Gang gesetzt haben, die die Wirksamkeit, die Kohäsion und die Rechenschaftslegung verbessern sollen. Wir stehen bereit, gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten daran zu arbeiten, die Ziele für nachhaltige Entwicklung überall und für alle Menschen zu erreichen.

António GUTERRES
Generalsekretär der Vereinten Nationen

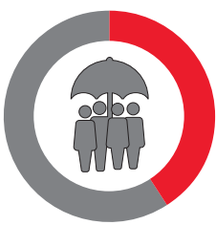
Überblick

Der Bericht 2018 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung enthält eine Bestandsaufnahme der Fortschritte im dritten Jahr der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Gegenstand dieses Überblicks sind die wichtigsten Fortschritte und Defizite in Bezug auf alle 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage der aktuellsten verfügbaren Daten sowie eine Untersuchung einiger der zwischen Zielen und Zielvorgaben bestehenden Verbindungen. Die folgenden Kapitel beleuchten die sechs Ziele eingehender, die auf dem hochrangigen politischen Forum über nachhaltige Entwicklung im Juli 2018 behandelt werden.

Menschen leben heute insgesamt besser als vor zehn Jahren, doch kommt die Gewährleistung dessen, dass niemand zurückgelassen wird, nicht rasch genug voran, um die Zielvorgaben der Agenda 2030 zu erreichen. Die globalen Fortschritte können mit den Ambitionen der Agenda 2030 nicht Schritt halten. Daher müssen Länder und Akteure auf allen Ebenen sofort und rascher handeln.

Ziel 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Nur 45 Prozent der Weltbevölkerung erhalten wenigstens eine Sozialschutzleistung



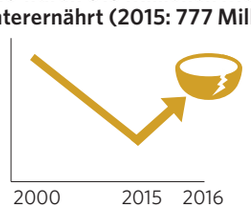
Katastrophenbedingte wirtschaftliche Verluste lagen 2017 bei über 300 Milliarden US-Dollar

Extreme Armut hat seit 1990 erheblich abgenommen, doch Inseln der schlimmsten Armutsformen bestehen fort. Die Beendigung der Armut erfordert universelle Sozialschutzsysteme, die alle Menschen im Lebensverlauf absichern sollen, sowie gezielte Maßnahmen zur Verringerung der Katastrophenanfälligkeit und zugunsten unterversorgter Gebiete innerhalb der einzelnen Länder.

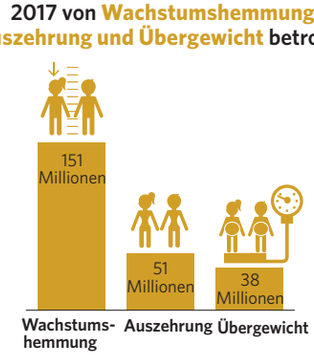
- Die Rate der extremen Armut ist rasch gesunken und lag 2013 bei einem Drittel des Wertes von 1990. Nach neuesten globalen Schätzungen lebten 2013 11 Prozent der Weltbevölkerung (783 Millionen Menschen) in extremer Armut.
- In den letzten beiden Jahrzehnten sank der weltweite Anteil der Erwerbstätigen und ihrer Familien, die mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Kopf und Tag leben, erheblich, nämlich von 26,9 Prozent (2000) auf 9,2 Prozent (2017).
- Nach Schätzungen aus dem Jahr 2016 erhielten effektiv nur 45 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine Sozialschutzleistung.
- Katastrophenbedingte wirtschaftliche Verluste wurden 2017 auf über 300 Milliarden Dollar geschätzt. Dies sind mit die höchsten Verluste der letzten Jahre, die auf drei große Hurrikane zurückgehen, von denen die Vereinigten Staaten von Amerika und mehrere Länder der Karibik betroffen waren.

Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Hunger nimmt weltweit wieder zu: 2016 waren 815 Millionen Menschen unterernährt (2015: 777 Millionen)



Millionen Kinder unter 5 Jahren waren 2017 von Wachstumshemmung, Auszehrung und Übergewicht betroffen



Hunger steigt nach einem langen Rückgang wohl weltweit wieder an. Konflikte, Dürren und mit dem Klimawandel verbundene Katastrophen gehören zu den Hauptursachen dieses Rückschritts.

- Der Anteil der Unterernährten stieg weltweit von 10,6 Prozent im Jahr 2015 auf 11 Prozent im Jahr 2016 und damit von 777 Millionen auf 815 Millionen Menschen.
- 2017 waren 151 Millionen Kinder unter 5 Jahren von Wachstumshemmung betroffen (für ihr Alter zu klein), 51 Millionen litten unter Auszehrung (für ihre Größe zu leicht) und 38 Millionen waren übergewichtig.
- Die Agrarhilfe für Entwicklungsländer sank 2016 mit insgesamt 12,5 Milliarden Dollar von fast 20 Prozent der sektoral zuordenbaren Hilfe aller Geber Mitte der 1980er Jahre auf 6 Prozent.
- Marktverzerrende Agrarsubventionen konnten in den fünf Jahren von 2010 bis 2015 von 491 Millionen auf weniger als 200 Millionen Dollar gesenkt werden.
- 2016 waren die allgemeinen Nahrungsmittelpreise in 26 Ländern hoch oder mäßig hoch, was die Ernährungssicherung beeinträchtigt haben könnte.

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Heute führen weitaus mehr Menschen ein gesünderes Leben als im vergangenen Jahrzehnt. Dennoch leiden immer noch Menschen unnötig unter vermeidbaren Krankheiten, und zu viele sterben verfrüht. Die Überwindung von Krankheiten und Gesundheitsproblemen erfordert konzertierte und beständige Anstrengungen, in deren Mittelpunkt vernachlässigte Bevölkerungsgruppen und Regionen stehen.

Reproduktive Gesundheit und Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern

- Die Müttersterblichkeitsrate ist seit 2000 um 37 Prozent gesunken. Dennoch starben 2015 weltweit 303.000 Frauen an Komplikationen während Schwangerschaft oder Geburt. Im Zeitraum 2012-2017 wurden weltweit fast 80 Prozent der Lebendgeburten von medizinischem Fachpersonal betreut; im Zeitraum 2000-2005 waren es 62 Prozent.
- Die globale Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren fiel im Zeitraum 2000-2016 um 47 Prozent, die von Neugeborenen um 39 Prozent. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren von 9,9 auf 5,6 Millionen.
- Selbst in den Regionen mit den größten Gesundheitsproblemen waren die Fortschritte beeindruckend. Seit 2000 sind in Afrika südlich der Sahara die Sterblichkeitsraten von Müttern um 35 Prozent und von Kindern unter 5 Jahren um 50 Prozent gefallen.
- 2018 lag die globale Geburtenrate bei Jugendlichen bei 44 Geburten je 1.000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren, während sie 2000 bei 56 gelegen hatte. Die höchste Rate (101) findet sich in Afrika südlich der Sahara.

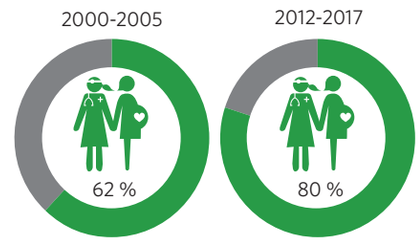
Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten

- Die weltweite HIV-Inzidenz ist zwischen 2005 und 2016 von 0,4 je 1.000 nicht infizierter Menschen auf 0,26 gesunken. In Afrika südlich der Sahara liegt die Inzidenzrate für Frauen im gebärfähigen Alter mit 2,58 je 1,000 nicht infizierte Menschen jedoch weit höher.
- 2016 wurden 216 Millionen Malaria-Fälle gemeldet, während es 2013 210 Millionen waren. 2016 gab es 140 neue Tuberkulosefälle je 100.000 Menschen, verglichen mit 173 im Jahr 2000. Die Prävalenz von Hepatitis B bei Kindern unter 5 Jahren sank von 4,7 Prozent vor der Einführung des Impfstoffs auf 1,3 Prozent im Jahr 2015.
- Eine Massen- oder Einzelbehandlung und -betreuung wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten war 2016 für 1,5 Mrd. Menschen erforderlich (2015: 1,6 Mrd. ; 2010: 2 Mrd.).
- Nicht einwandfreies Trinkwasser, unsichere Sanitärversorgung und mangelnde Hygiene tragen weiter stark zur globalen Sterblichkeit bei und verursachten 2016 etwa 870.000 Todesfälle. Diese gingen hauptsächlich auf Durchfallerkrankungen, jedoch auch auf Fehlernährung und Darminfektionen durch Nematoden zurück.
- 2016 starben weltweit 32 Millionen Menschen an Diabetes, Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen und chronischen Erkrankungen der Atemwege. Die Wahrscheinlichkeit, an einer dieser Erkrankungen zu sterben, lag 2016 für Menschen zwischen 30 und 70 Jahren bei etwa 18 Prozent.
- 2016 gingen etwa 7 Mio. Todesfälle auf Raum- und Außenluftverschmutzung zurück.

Gesundheitssysteme und Finanzierung

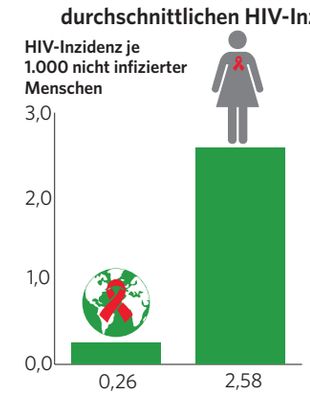
- 2010 gaben fast 12 Prozent der Weltbevölkerung (mehr als 800 Mio. Menschen) mindestens ein Zehntel ihres Haushaltsbudgets für Gesundheitsdienste aus (2000: 9,7 Prozent).
- Die Durchimpfungsrate mit den erforderlichen drei Dosen des DTP3-Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten stieg von 72 Prozent (2000) auf 86 Prozent (2016). Dennoch waren noch immer ca. 19,5 Mio. Kinder im ersten Lebensjahr nicht geimpft.
- Die von allen Gebern bereitgestellte öffentliche Entwicklungshilfe für Basisgesundheit ist zwischen 2010 und 2016 um real 41 Prozent auf 9,4 Millionen Dollar gestiegen.
- Laut Daten für 2005-2016 kommen auf 1.000 Menschen in fast 45 Prozent aller Länder und in 90 Prozent aller am wenigsten entwickelten Länder weniger als ein Arzt und in mehr als 60 Prozent der Länder weniger als drei Krankenpfleger oder Hebammen.

Weltweit wurden mehr Geburten von medizinischem Fachpersonal betreut

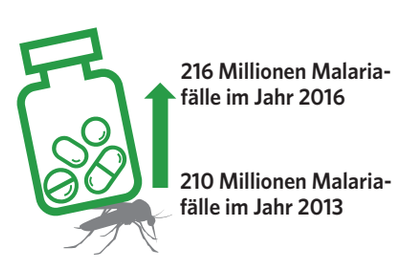


Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren sank zwischen 2000 und 2016

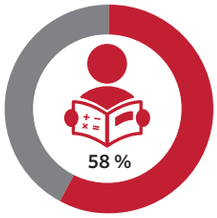
In Afrika südlich der Sahara liegt die HIV-Inzidenzrate für Frauen im gebärfähigen Alter beim Zehnfachen der weltweiten durchschnittlichen HIV-Inzidenz



Die Welt liegt nicht auf Kurs, die Malaria bis 2030 auszumerzen



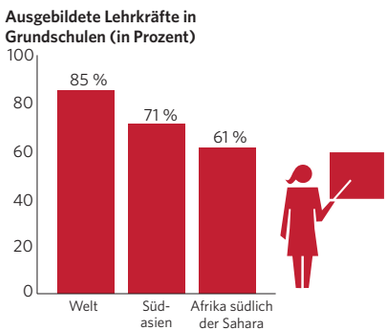
Ziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern



Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen erfüllen nicht die Mindeststandards im Lesen und Rechnen

Mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen weltweit erfüllen nicht die Mindeststandards im Lesen und Rechnen. Zur Verbesserung der Bildungsqualität bedarf es neu ausgerichteter Anstrengungen. Stadt-Land-Bildungsunterschiede und Unterschiede nach Geschlecht und anderen Faktoren sind noch immer weit verbreitet, und es bedarf höherer Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern.

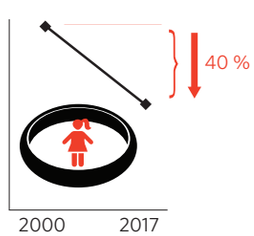
Für eine hochwertige Bildung ist mehr ausgebildetes Lehrpersonal erforderlich



- Die Beteiligungsquote an der frühkindlichen und der Grundschulbildung lag 2010 weltweit bei 63 Prozent, 2016 hingegen bei 70 Prozent. In Afrika südlich der Sahara (41 Prozent) und in Nordafrika und Westasien (52 Prozent) ist sie am niedrigsten.
- Weltweit erreichen ca. 617 Millionen Kinder und Jugendliche im Grund- und frühen Sekundarschulalter (58 Prozent dieser Altersgruppe) nicht die Mindeststandards im Lesen und Rechnen.
- 2016 hatten ca. 85 Prozent der Grundschullehrer eine entsprechende Ausbildung, in Südasien hingegen 71 Prozent und in Afrika südlich der Sahara nur 61 Prozent.
- Nur 34 Prozent der Grundschulen in den am wenigsten entwickelten Ländern hatten 2016 Strom, und weniger als 40 Prozent eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen.

Ziel 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Die Kinderheirat in Südasien ging zwischen 2000 und 2017 um über 40 Prozent zurück



Zwar sind einige Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen rückläufig, doch sorgt mangelnde Gleichstellung der Geschlechter weiter dafür, dass Frauen ihr Potenzial nicht entfalten können, und beraubt sie ihrer grundlegenden Rechte und Chancen. Die Stärkung der Frauen erfordert ein Ansetzen an Strukturproblemen wie unfairen gesellschaftlichen Normen und Einstellungen sowie die Erarbeitung progressiver Rechtsrahmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern.

Frauen verbringen rund dreimal so viel Zeit mit unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit wie Männer

- Nach Daten aus 56 Ländern (2005-2016) hatten von den 15- bis 19-jährigen Mädchen, die jemals eine sexuelle Beziehung hatten, 20 Prozent in den 12 Monaten vor der Befragung körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erfahren.
- Um das Jahr 2017 gaben weltweit ca. 21 Prozent der 20- bis 24-jährigen Frauen an, sie seien vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet gewesen oder hätten in einer informellen Union gelebt. Damit wurden heute schätzungsweise 650 Millionen Mädchen und Frauen im Kindesalter verheiratet. Die Kinderheirat geht weltweit weiter zurück. In Südasien ist das Risiko für Mädchen, im Kindesalter verheiratet zu werden, seit etwa 2000 um über 40 Prozent gesunken.
- Um 2017 waren in den 30 Ländern, in denen die weibliche Beschneidung konzentriert ist, ein Drittel der Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren dieser Praxis unterzogen worden; 2000 waren es noch fast die Hälfte.
- Nach Daten aus etwa 90 Ländern für den Zeitraum 2000-2016 verbringen Frauen rund dreimal so viel Zeit mit unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit wie Männer.
- Der weltweite Frauenanteil in nationalen Einkammerparlamenten oder Unterhäusern stieg zwischen 2010 und 2018 von 19 auf etwa 23 Prozent.

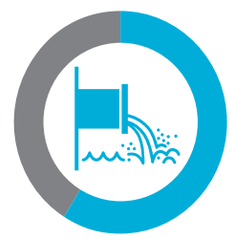
Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Allzu viele Menschen haben weiter keinen Zugang zu einer sicher verwalteten Wasser- und Sanitärversorgung. Wasserknappheit, Überschwemmungen und der Mangel an sachgerechter Abwasserentsorgung behindern auch die soziale und die wirtschaftliche Entwicklung. Um den konkurrierenden und wachsenden Wasserbedarf unterschiedlicher Sektoren und Nutzer auszutarieren, muss Wasser effizienter genutzt und besser bewirtschaftet werden.

- 2015 verfügten 29 Prozent der Weltbevölkerung nicht über eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung und 61 Prozent nicht über eine sicher verwaltete Sanitärversorgung. 2015 verrichteten 892 Millionen Menschen ihre Notdurft weiter im Freien.
- 2015 hatten nur 27 Prozent der Bevölkerung der am wenigsten entwickelten Länder eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen.
- Nach vorläufigen Schätzungen aus Haushaltsdaten von 79 Ländern mit vorwiegend hohem und hohem mittleren Einkommen (unter Ausschluss weiter Teile Afrikas und Asiens) werden 59 Prozent aller Haushaltsabwässer sicher behandelt.
- In 22 Ländern, zumeist in Nordafrika und Westasien sowie in Zentral- und Südasien, liegt der Wasserstress bei über 70 Prozent, was eine künftige Wasserknappheit sehr wahrscheinlich macht.
- Nach Angaben für 2017 und 2018 aus 157 Ländern liegt die Umsetzung der integrierten Wasserbewirtschaftung bei durchschnittlich 48 Prozent.
- Daten aus 62 von 153 Anrainerstaaten grenzüberschreitender Gewässer zeigen, dass 2017 nationale grenzüberschreitende Wassereinzugsgebiete im Schnitt nur zu 59 Prozent von einer operativen Vereinbarung erfasst waren.

3 von 10 Menschen haben keinen Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung

6 von 10 Menschen haben keinen Zugang zu einer sicher verwalteten Sanitärversorgung



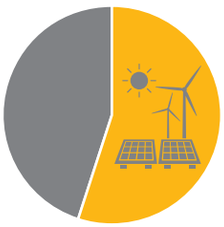
Nach Daten aus 79 Ländern werden 59 Prozent aller Abwässer sicher behandelt

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Die Sicherung des Zugangs zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energie für alle ist durch neue Fortschritte bei der Elektrifizierung, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, und bei der Energieeffizienz in der Industrie nähergerückt. Nationale Prioritäten und politische Ambitionen müssen jedoch weiter gestärkt werden, um die Welt auf Kurs zu bringen, die Energiezielvorgaben für 2030 zu erreichen.

- Zwischen 2000 und 2016 ist der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu Elektrizität von 78 auf 87 Prozent gestiegen, und die Zahl der Menschen, die ohne Strom leben, ist knapp unter 1 Milliarde gesunken.
- In den am wenigsten entwickelten Ländern hat sich der Anteil der Menschen mit Zugang zu Elektrizität zwischen 2000 und 2016 mehr als verdoppelt.
- 2016 kochten immer noch 3 Milliarden Menschen (41 Prozent der Weltbevölkerung) mit unsauberen Brennstoffen und/oder Kochvorrichtungen.
- Der Anteil der erneuerbaren Energien am weltweiten Energieendverbrauch ist zwischen 2014 und 2015 nur leicht von 17,3 Prozent auf 17,5 Prozent gestiegen. Doch nur 55 Prozent dieses Anteils stammten aus modernen Formen erneuerbarer Energie.
- Die globale Energieintensität sank zwischen 2014 und 2015 um 2,8 Prozent und verbesserte sich damit doppelt so schnell wie zwischen 1990 und 2010.

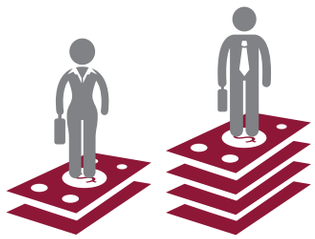
2015 stammten 55 Prozent der erneuerbaren Energie aus modernen Formen



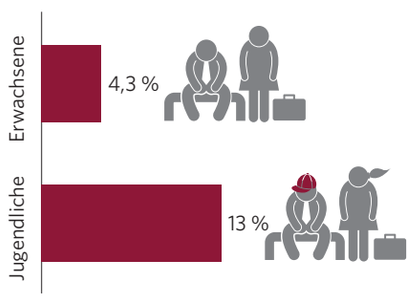
4 von 10 Menschen fehlen weiter saubere Brennstoffe und Technologien zum Kochen

Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Lohngefälle sind allgegenwärtig: In 40 von 45 Ländern mit Daten verdienten Männer 12,5 Prozent mehr als Frauen



Jugendliche waren 2017 dreimal häufiger arbeitslos als Erwachsene

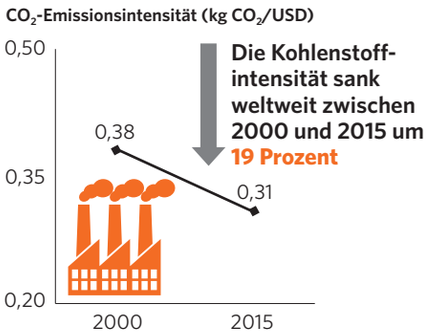


Die Arbeitsproduktivität ist weltweit gestiegen, die Arbeitslosenquote gesunken. Es bedarf jedoch weiterer Fortschritte, um besonders für junge Menschen mehr Beschäftigungschancen zu schaffen, die Beschäftigung im informellen Sektor und die Ungleichheit am Arbeitsmarkt (vor allem das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen) zu verringern, ein sicheres und gesichertes Arbeitsumfeld zu fördern und den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verbessern, um für ein dauerhaftes und inklusives Wirtschaftswachstum zu sorgen.

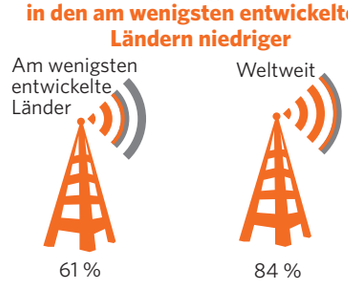
- Das Wachstum des realen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag 2016 weltweit bei 1,3 % und damit unter dem Durchschnitt von 1,7 % für 2010-2016. Für die am wenigsten entwickelten Länder fiel diese Rate von 5,7 % (2005-2009) auf 2,3 % (2010-2016).
- Auf globaler Ebene stieg 2017 die Arbeitsproduktivität, also die Leistung pro Beschäftigten in konstanten US-Dollar (Basisjahr: 2005), um 2,1 Prozent. Dies ist der rascheste Anstieg seit 2010.
- 2016 arbeiteten weltweit 61 Prozent aller Erwerbstätigen in der Schattenwirtschaft. Sieht man vom Agrarsektor ab, so waren es noch 51 Prozent.
- Daten aus 45 Ländern legen nahe, dass die Ungleichheit der Geschlechter beim Verdienst weiter weit verbreitet ist: In 89 Prozent dieser Länder lag der Stundenlohn für Männer im Schnitt über dem für Frauen, wobei der Median des Lohngefälles bei 12,5 Prozent lag.
- Die weltweite Arbeitslosenquote lag 2017 bei 5,6 Prozent, während sie 2000 noch 6,4 Prozent betragen hatte. Seit diese Quote im Jahr 2009 5,9 Prozent erreichte, hat sich der Rückgang verlangsamt. Jugendliche sind dreimal häufiger arbeitslos als Erwachsene, und die globale Jugendarbeitslosigkeit lag 2017 bei 13 Prozent.
- In Ländern mit hohem Einkommen haben fast alle Erwachsenen ein Konto bei einer Bank oder anderen Finanzinstitution, während es in Ländern mit niedrigem Einkommen nur 35 Prozent sind. Frauen liegen dabei in allen Regionen hinter Männern zurück.

Ziel 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

CO_2-Emissionsintensität (kg CO_2/USD)



Der von einem mobilen 3G-Breitbandnetz erfasste Bevölkerungsanteil war 2016 in den am wenigsten entwickelten Ländern niedriger



In der Verarbeitungsindustrie wurden stetige Fortschritte erzielt. Für eine inklusive und nachhaltige Industrialisierung müssen durch wirtschaftlichen Wettbewerb Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen, der internationale Handel erleichtert und eine effiziente Ressourcennutzung ermöglicht werden.

- Zwischen 2005 und 2017 stieg der Anteil der Wertschöpfung in der verarbeitenden Industrie am BIP weltweit von 15,2 auf 16,3 Prozent, angetrieben vom raschen Wachstum dieser Industrie in Asien.
- Die Kohlenstoffintensität sank zwischen 2000 und 2015 weltweit um 19 Prozent von 0,38 auf 0,31 Kilogramm Kohlendioxid je Dollar Wertschöpfung.
- 2015 lag der Anteil des mittelhohen und des Hochtechnologiesektors an der weltweiten Gesamtwertschöpfung in der verarbeitenden Industrie bei 44,7 Prozent. In den Entwicklungsländern erreichte die Wertschöpfung 34,6 Prozent (2005: 21,5 Prozent).
- 2016 waren in den am wenigsten entwickelten Ländern 61 Prozent der Bevölkerung und weltweit 84 Prozent von einem mobilen Breitbandnetz der dritten Generation (3G) erfasst.

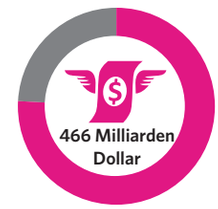
Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

In einigen Ländern sind Anstrengungen im Gange, das Einkommensgefälle zu verringern, den zollfreien Zugang für Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern und Entwicklungsländern verstärkt zu öffnen und den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselentwicklungsländern zusätzliche Hilfe bereitzustellen. Das Fortschrittstempo muss jedoch steigen, um die wachsenden Disparitäten innerhalb von und zwischen Ländern zu verringern.

- Zwischen 2010 und 2016 stieg in 60 der 94 Länder, für die Daten vorlagen, das Einkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung rascher als das der Gesamtbevölkerung.
- 2016 lag der Anteil der Exporterzeugnisse, die zollfrei auf die Weltmärkte gelangten, für die am wenigsten entwickelten Länder bei 64,4 Prozent und für die kleinen Inselentwicklungsländer bei 64,1 Prozent – ein Anstieg von 20 Prozent gegenüber 2010. Insgesamt hatten die Entwicklungsländer für etwa 50 Prozent aller 2016 ausgeführten Erzeugnisse zollfreien Marktzugang.
- 2016 erhielten die Entwicklungsländer von den Ländern des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD, von multilateralen Organisationen und anderen wichtigen Stellen insgesamt 315 Milliarden Dollar. Davon waren 158 Milliarden Dollar öffentliche Entwicklungshilfe. 2016 belief sich die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe aller Geber für die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer auf 43,1 bzw. 6,2 Milliarden Dollar.
- Nach vorläufigen Daten flossen von den 2017 insgesamt verzeichneten 613 Milliarden Dollar an Heimatüberweisungen 466 Milliarden in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Zwar sind die durchschnittlichen Überweisungskosten in den letzten Jahren weltweit nach und nach gesunken, lagen jedoch 2017 mit ca. 7,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Zielwert von 3 Prozent.

Der Anteil der von kleinen Inselentwicklungsländern zollfrei ausgeführten Erzeugnisse stieg zwischen 2010 und 2016 um 20 Prozent

Heimatüberweisungen flossen 2017 zu mehr als 75 Prozent in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen



Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Viele Städte überall auf der Welt sehen sich akuten Herausforderungen beim Umgang mit rasanter Verstädterung gegenüber – von der Gewährleistung angemessener Unterbringung und Infrastruktur zur Unterstützung einer wachsenden Bevölkerung und von der Auseinandersetzung mit den Umweltauswirkungen der Zersiedelung zur Verringerung der Katastrophenanfälligkeit.

- Von 2000 bis 2014 fiel der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner weltweit von 28,4 auf 22,8 Prozent. Die Zahl der in Slums lebenden Menschen stieg jedoch von 807 Millionen auf 883 Millionen.
- Nach Daten für 214 Städte/Gemeinden werden etwa drei Viertel der festen Siedlungsabfälle gesammelt.
- Der in den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation für Luftqualität genannte Wert für Feinstaubpartikel ($PM_{2,5}$) wurde 2016 für 91 Prozent der Stadtbevölkerung weltweit überschritten – für mehr als die Hälfte um mindestens das 2,5-Fache. 2016 starben etwa 4,2 Millionen Menschen an den Folgen einer hohen Verunreinigung der Außenluft.
- Zwischen 1990 und 2013 entfielen fast 90 Prozent der international gemeldeten Katastrophen zugeschriebenen Todesfälle auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Nach Katastrophen gemeldete Schäden an Wohngebäuden verzeichnen seit 1990 einen statistisch signifikanten Anstieg.

2016 starben 4,2 Millionen Menschen an den Folgen von Raumluftverschmutzung

Katastrophenbedingte Schäden an Wohngebäuden sind zwischen 1990 und 2013 statistisch signifikant gestiegen

Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

2018 gab es in insgesamt 108 Ländern nationale Politiken zugunsten von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion

93 Prozent der 250 weltgrößten Unternehmen verfassen heute Nachhaltigkeitsberichte

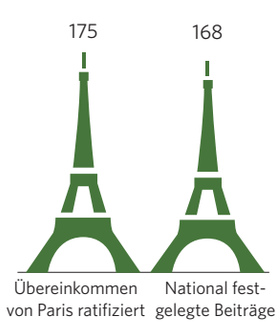
Das Wirtschaftswachstum vom Ressourceneinsatz abzukoppeln, ist eine der wichtigsten und komplexesten Herausforderungen, denen sich die Menschheit heute gegenübersieht. Um sie wirksam zu bewältigen, bedarf es Maßnahmen zur Schaffung eines günstigen Umfelds für Veränderungen, sozialer und materieller Infrastruktur und Märkten sowie einer tiefgreifenden Veränderung der Unternehmenspraxis über globale Wertschöpfungsketten hinweg.

- Der Material-Fußabdruck pro Kopf stieg in den Entwicklungsländern zwischen 2000 und 2017 von 5 auf 9 Tonnen, was eine erhebliche Erhöhung des materiellen Lebensstandards bedeutet. Dieser Anstieg ist zumeist auf die stärkere Nutzung nichtmetallischer Minerale zurückzuführen, was auf Wachstum im Infrastruktur- und Bausektor hindeutet.
- Der Material-Fußabdruck pro Kopf liegt für alle Materialien in den entwickelten Ländern mindestens doppelt so hoch wie in den Entwicklungsländern. Insbesondere für fossile Brennstoffe ist er dort mehr als viermal so hoch.
- 2018 gab es in insgesamt 108 Ländern nationale Politiken und Initiativen zugunsten von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion.
- Nach einem aktuellen Bericht der KPMG verfassen 93 Prozent der 250 umsatzstärksten Unternehmen der Welt und drei Viertel der 100 Spitzenunternehmen in 49 Ländern heute Nachhaltigkeitsberichte.

Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die Hurrikan-Saison 2017 im Nordatlantik war die teuerste je verzeichnete

Die Mehrheit der Länder haben das Übereinkommen von Paris ratifiziert und national festgelegte Beiträge vorgelegt



Mit 1,1 Grad Celsius über dem Wert der vorindustriellen Zeit war das Jahr 2017 eines der drei wärmsten je verzeichneten Jahre. Nach einer Analyse der Weltorganisation für Meteorologie war auch die globale Fünfjahres-Durchschnittstemperatur 2013-2017 die höchste seit Beginn der Aufzeichnungen. Das Ansteigen des Meeresspiegels, extreme Wetterbedingungen (die Hurrikan-Saison im Nordatlantik war die teuerste je verzeichnete) und die Zunahme der Treibhausgaskonzentrationen halten an. Dies erfordert dringend rascheres Handeln seitens der Länder bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen nach dem Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen.

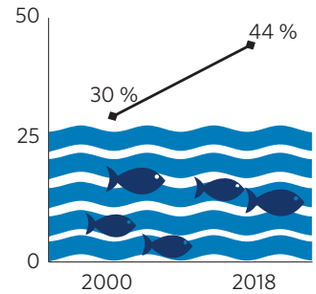
- Zum 9. April 2018 hatten 175 Vertragsparteien das Übereinkommen von Paris ratifiziert, und 168 Vertragsparteien (167 Länder und die Europäische Kommission) hatten dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ihre ersten national festgelegten Beiträge vorgelegt.
- Zudem hatten zum 9. April 2018 10 Entwicklungsländer die erste Fassung ihrer nationalen Anpassungspläne in Reaktion auf den Klimawandel fertiggestellt und vorgelegt.
- Vertragsparteien aus den entwickelten Ländern kommen weiter im Hinblick auf das Ziel voran, bis 2020 gemeinsam jährlich 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren, um im Kontext sinnvoller individueller Anpassungsmaßnahmen auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer einzugehen.

Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Die nachhaltige Nutzung und die Erhaltung der Ozeane voranzubringen, erfordert weitere wirksame Strategien und Bewirtschaftungsmaßnahmen, um die nachteiligen Auswirkungen von Überfischung, zunehmender Versauerung der Ozeane und steigender Küsteneutrophierung zu bekämpfen. Für die Erhaltung der Meeresressourcen ist es nach wie vor unabdingbar, Meeresschutzgebiete auszuweiten, Forschungskapazitäten auszubauen und mehr Mittel für die Meereswissenschaften bereitzustellen.

- Der globale Anteil mariner Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen sank von 1974 bis 2013 von 90 auf 69 Prozent.
- Auf dem offenen Meer und an Küsten durchgeführte Studien überall auf der Welt zeigen, dass der Säuregehalt des Meerwassers seit Beginn der industriellen Revolution durchschnittlich um etwa 26 Prozent gestiegen ist. Zudem sind die Meereslebewesen Bedingungen ausgesetzt, die außerhalb der früheren natürlichen Variabilität liegen.
- Globale Trends deuten darauf hin, dass die Qualität der Küstengewässer durch Verschmutzung und Eutrophierung weiter sinkt. Ohne konzertierte Anstrengungen wird die Küsteneutrophierung bis 2050 in 20 Prozent der großen Meeresökosysteme zunehmen.
- Im Januar 2018 standen 16 Prozent (mehr als 22 Millionen Quadratkilometer) der Meeresgebiete innerhalb der nationalen Hoheitsbereiche (0 bis 200 Seemeilen vor der Küste) unter Schutz. Dies ist mehr als doppelt so viel wie 2010. Auch der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete, der unter Schutz steht, ist zwischen 2000 und 2018 von 30 auf 44 Prozent gestiegen.

Der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete, der unter Schutz steht, ist zwischen 2000 und 2018 gestiegen



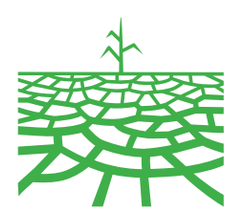
Laut Studien auf dem offenen Meer ist der Säuregehalt des Meerwassers seit Beginn der industriellen Revolution um 26 Prozent gestiegen

Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

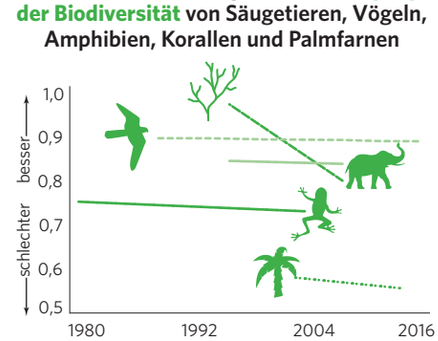
Wald- und Landökosysteme werden verstärkt unter Schutz gestellt, und der Waldverlust hat sich verlangsamt. Andere Bereiche des Schutzes terrestrischer Ökosysteme erfordern jedoch weiter rasches Handeln, um die Biodiversität, die Bodenproduktivität und die genetischen Ressourcen zu schützen und den Artenschwund aufzuhalten.

- Die Waldflächen der Erde nehmen weiter ab – zwischen 2000 und 2015 schrumpften sie von 4,1 Mrd. Hektar (31,2 % der gesamten Landfläche) auf etwa 4 Mrd. Hektar (30,7 %), doch die Rate des Waldverlusts konnte von 2000 bis 2005 um 25 % gesenkt werden.
- Von 1999 bis 2013 ging in etwa einem Fünftel der Vegetationsgebiete der Erde die Produktivität stetig zurück, was die Existenzgrundlagen von mehr als einer Milliarde Menschen bedroht. Bis zu 24 Mio. Quadratkilometer Land, davon 19 Prozent Anbaufläche, 16 Prozent Waldfläche, 19 Prozent Gras- und 28 Prozent Weideland, waren davon betroffen.
- Seit 1993 ist der weltweite Rote-Liste-Index der bedrohten Arten von 0,82 auf 0,74 gefallen, was auf einen alarmierenden Trend in Bezug auf Säugetiere, Vögel, Amphibien, Korallen und Palmfarne hindeutet. Die Hauptgründe für diese Bedrohung der Biodiversität sind Habitatverlust aufgrund nicht nachhaltiger Landwirtschaft, Entwaldung, nicht nachhaltige Entnahme- und Handelspraktiken und invasive gebietsfremde Arten.
- Wilderei und illegaler Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen vereiteln nach wie vor Erhaltungsmaßnahmen. Berichten zufolge werden fast 7.000 Tier- und Pflanzenarten in 120 Ländern illegal gehandelt.
- 2016 betrug die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der Biodiversität 7 Milliarden Dollar, was einen Realrückgang gegenüber 2015 um 21 Prozent bedeutet.

Landverödung bedroht die Sicherheit und die Entwicklung aller Länder

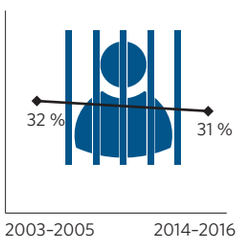


Der Rote-Liste-Index zeigt einen alarmierenden Trend in Bezug auf den Rückgang der Biodiversität von Säugetieren, Vögeln, Amphibien, Korallen und Palmfarnen



Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Zwischen 2012 und 2014 wurden mehr als 570 verschiedene Ströme des Menschenhandels aufgedeckt



In den letzten zehn Jahren blieb der Anteil der nicht verurteilten Inhaftierten nahezu konstant

Weltweit erfolgte für 73 Prozent der Kinder unter 5 Jahren eine Geburtenregistrierung

Viele Weltregionen leiden weiter unter den unsäglichen Schrecken, die bewaffnete Konflikte oder andere Formen der Gewalt in der Gesellschaft und in der Familie bringen. Die Fortschritte bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und des Zugangs zur Justiz sind ungleichmäßig, doch kommen Vorschriften zugunsten des öffentlichen Zugangs zu Informationen voran, wenn auch langsam, und die Stärkung von Institutionen zur Wahrung der Menschenrechte auf nationaler Ebene schreitet fort.

- Nach verfügbaren Daten für 2005-2017 für 81 Länder (vorwiegend Entwicklungsländer) waren dort fast 80 Prozent der Kinder zwischen einem und 14 Jahren zu Hause regelmäßig psychologischer Aggression und/oder körperlicher Bestrafung ausgesetzt. In 74 dieser Länder erfuhren mehr als die Hälfte der Kinder gewalttätige Formen der Disziplinierung.
- Zwischen 2012 und 2014 wurden über alle Regionen hinweg mehr als 570 verschiedene Ströme des Menschenhandels aufgedeckt. Viele davon verliefen von Ländern mit niedrigerem in Länder mit höherem Einkommen.
- 2014 waren die entdeckten Opfer von Menschenhandel mehrheitlich Frauen und Mädchen (71 Prozent), und etwa 28 Prozent waren Kinder (20 Prozent Mädchen und 8 Prozent Jungen). Mehr als 90 Prozent dieser Opfer wurden zum Zweck der sexuellen Ausbeutung oder der Zwangsarbeit gehandelt.
- In den letzten zehn Jahren blieb der Anteil der keines Verbrechens verurteilten Inhaftierten mit 32 Prozent im Zeitraum 2003-2005 gegenüber 31 Prozent 2014-2016 nahezu konstant.
- Fast ein Fünftel der Unternehmen weltweit geben an, im Zuge von Transaktionen mit Regulierungsstellen oder Versorgungsunternehmen mindestens einmal zu einer Bestechungszahlung aufgefordert worden zu sein.
- Die Geburtenregistrierung für Kinder unter 5 Jahren liegt weltweit bei 73 Prozent, in Afrika südlich der Sahara bei weniger als der Hälfte (46 Prozent).
- Seit 2015 wurden in 61 Ländern mindestens 1.019 Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Gewerkschafter getötet. Das heißt, dass jeden Tag ein Mensch bei seiner Arbeit getötet wurde, die Öffentlichkeit zu informieren und eine von Furcht und Not freie Welt aufzubauen.
- 116 Länder haben Gesetze und Maßnahmen zur Informationsfreiheit erlassen – mindestens 25 davon in den letzten fünf Jahren –, doch die Durchführung ist nach wie vor eine Herausforderung.
- Seit 1998 haben mehr als die Hälfte der Länder (116 von 197) eine nationale Menschenrechtsinstitution eingerichtet, die von anderen Institutionen dieser Art auf die Einhaltung der international vereinbarten Standards (Pariser Grundsätze) hin geprüft wurde. Nur in 75 dieser Länder halten die Institutionen die Standards jedoch vollständig ein.

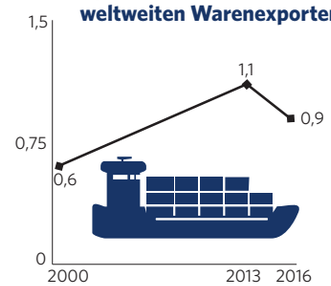
Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Durch Ziel 17 sollen die globalen Partnerschaften zur Unterstützung und Erreichung der ambitionierten Zielvorgaben der Agenda 2030 gestärkt werden, indem einzelstaatliche Regierungen, die internationale Gemeinschaft, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und andere Akteure zusammengebracht werden. Trotz Fortschritten auf einigen Gebieten bleibt noch mehr zu tun, um rascher voranzukommen. Alle Akteure müssen ihre Anstrengungen neu und stärker auf Gebiete mit schleppenden Fortschritten ausrichten.

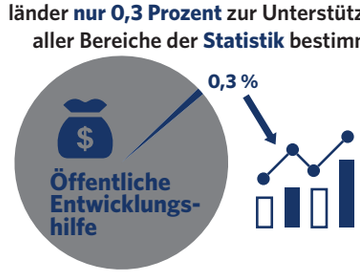
- 2017 betrug die gesamte öffentliche Netto-Entwicklungshilfe 146,6 Milliarden Dollar und damit real 0,6 Prozent weniger als 2016. Der für öffentliche Entwicklungshilfe aufgewandte Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) der Geber ist mit 0,31 Prozent weiter niedrig.
- 2016 erhielten Länder mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen dreimal mehr Heimatüberweisungen als öffentliche Entwicklungshilfe.
- In den am wenigsten entwickelten Ländern stieg der Schuldendienst im Verhältnis zu den Güter- und Dienstleistungsexporten über fünf Jahre in Folge an, und zwar von 3,5 Prozent im Jahr 2011 auf 8,6 Prozent im Jahr 2016.
- 2016 erreichten Hochgeschwindigkeits-Breitbanddienste über Festnetz 6 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, jedoch 24 Prozent in den entwickelten Ländern.
- Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe für Kapazitätsaufbau und nationale Planung betrug 2016 20,4 Milliarden Dollar oder 18 Prozent der gesamten sektoral zuordenbaren Hilfe; ein Anteil, der seit 2010 stabil ist.
- Der Anteil der Entwicklungsregionen an den weltweiten Warenexporten sank zwei Jahre in Folge von 45,4 Prozent im Jahr 2014 auf 44,2 Prozent im Jahr 2016 – ein starker Kontrast zu dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum um 1,2 Prozentpunkte zwischen 2001 und 2012. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Warenexporten sank zwischen 2013 und 2016 von 1,1 Prozent auf 0,9 Prozent, während er zwischen 2000 und 2013 von 0,6 Prozent auf 1,1 Prozent gestiegen war.
- 102 Länder und Gebiete setzten 2017 nationale statistische Pläne um. Afrika südlich der Sahara war mit 31 Ländern, in denen solche Pläne umgesetzt wurden, weiter führend, doch nur drei der Pläne waren voll finanziert.
- 2015 erhielten die Entwicklungsländer von multilateralen und bilateralen Gebern für alle Bereiche der Statistik finanzielle Unterstützung in Höhe von 541 Millionen Dollar. Dies sind nur 0,3 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe und damit nicht genug, um sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer besser zur Umsetzung und Überwachung ihrer Entwicklungsagenda gerüstet sind.
- Zwischen 2008 und 2017 führten 89 Prozent der Länder und Gebiete weltweit mindestens eine Volks- und Wohnungszählung durch.

Die öffentliche Entwicklungshilfe für Kapazitätsaufbau und nationale Planung betrug 2016 20,4 Milliarden Dollar und ist seit 2010 stabil

Nach langem Anstieg sank zwischen 2013 und 2016 der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Warenexporten



2015 waren von der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer nur 0,3 Prozent zur Unterstützung aller Bereiche der Statistik bestimmt



Die Verflechtung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Drei Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 unternehmen die Länder mutige Schritte zur Verwirklichung dieses kühnen und transformativen Plans. Dabei stehen sie vor großen Problemen: Klimawandel, Konflikte, Ungleichheit, hartnäckig fortbestehende Inseln der Armut und des Hungers, rasche Verstädterung und Umweltzerstörung. In allen Ländern müssen Entscheidungsträger abwägen, wie Gesellschaften resilienter werden und diese Probleme bewältigt werden können. Ein guter Anfang wären eine robuste Infrastruktur für Wasser- und Sanitärversorgung, der Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie, sichere und umweltfreundliche Städte, der Schutz der Ökosysteme und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster.

Nachhaltigere und resilientere Gesellschaften erfordern außerdem einen integrierten Ansatz, der anerkennt, dass diese Probleme und ihre Lösungen miteinander verknüpft sind. Dieser Abschnitt beleuchtet die Verflechtung der Ziele für nachhaltige Entwicklung im Kontext der Ziele und Themen, die auf dem hochrangigen politischen Forum über nachhaltige Entwicklung im Juli 2018 geprüft werden.

Der Übergang zu nachhaltigen und resilienten Gesellschaften hängt von der verantwortungsvollen Bewirtschaftung endlicher natürlicher Ressourcen ab

Land- und Wasserökosysteme mit ihrem Artenreichtum liefern Nahrung, sauberes Wasser, reine Luft und Rohstoffe, die das Wirtschaftswachstum fördern. Sie bieten natürlichen Siedlungsraum und schwächen den Klimawandel ab. Durch Bevölkerungswachstum, intensivere Landwirtschaft, Verstädterung und Industrieproduktion entsteht jedoch ein Wettbewerb um natürliche Ressourcen wie Land und Wasser. Übernutzung trägt zur raschen Erschöpfung dieser Ressourcen und letztlich zu Umweltzerstörung bei.

Mehr als 2 Mrd. Menschen sind von Wasserstress betroffen. Diese Zahl wird durch das Bevölkerungswachstum und die Auswirkungen des Klimawandels weiter steigen. Weltweit entfallen fast 70 Prozent der Wasserentnahmen auf die Landwirtschaft. Diese Entnahmen werden zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs wohl deutlich zunehmen.

Für die nachhaltige Entwicklung stellt dies eine grundlegende Herausforderung dar, zu deren Abwendung eine wirksame integrierte Wasserbewirtschaftung (IWB) auf allen Ebenen entscheidend ist. 2017 lag die IWB-Umsetzung für 157 Länder im Schnitt unter 50 Prozent, was klar zeigt, dass hier rascheres Handeln und mehr Mittel erforderlich sind.

31 Prozent der globalen Landfläche sind von Wald bedeckt, und bewaldete Wassereinzugs- und Feuchtgebiete liefern nahezu 75 Prozent allen Süßwassers. Wälder spielen auch eine zentrale Rolle dabei, die Bodenfruchtbarkeit zu erhöhen und zu erhalten, die Landverödung zu verlangsamen, Erdrutsche in Berggebieten einzudämmen und vor Naturkatastrophen zu schützen. Der wirtschaftliche Wert der Wälder betrug 2011 weltweit schätzungsweise 16,2 Billionen Dollar. Dass Entwaldung und Walddegradation weiter Anlass zur Sorge geben, zeigt, dass eine nachhaltige Wald- und Bodenbewirtschaftung noch nicht vollständig umgesetzt ist.

Der Verlust der Biodiversität schreitet rasch voran. Zwischen 1999 und 2013 nahm auf etwa einem Fünftel der bewachsenen Erdoberfläche die Produktivität stetig ab. Zum Schutz und zur Wiederherstellung der Ökosysteme und ihrer Biodiversität bedarf es dringender Maßnahmen. Diese können den Klimawandel abschwächen helfen und die Resilienz gegenüber erhöhtem Bevölkerungsdruck und häufigeren Naturkatastrophen steigern.

Auch müssen für nachhaltige und resiliente Gesellschaften starke nationale Rahmen für Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion und Umweltbewusstsein in Geschäftspraxis und Verbraucherverhalten geschaffen sowie internationale Normen für den Umgang mit gefährlichen Chemikalien und Abfällen eingehalten werden. 2018 gab es in insgesamt 108 Ländern nationale Politiken und Initiativen zu nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion.

Der Zugang zu Grundversorgung ist nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern auch ein wichtiger Schritt hin zur nachhaltigen Entwicklung

Alle Bürger haben ein Recht auf einwandfreies Trinkwasser, adäquate Sanitärversorgung, Strom oder andere Energieformen, sichere Verkehrsmittel, Abfallsammlung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Diese Basisdienste gehen mit Wirtschaftswachstum, sozialer Inklusion, Armutsbekämpfung und Gleichheit einher. So binden verlässliche Straßen- und Verkehrsnetze Landwirte in armen, abgelegenen Gemeinden an wichtige Agrarmärkte an und verbessern den Zugang zu Gesundheits- und Bildungsdiensten.

Weltweit wurden Qualität, Zugänglichkeit und Inklusivität der Grundversorgung erheblich verbessert. In vielen Ländern jedoch blieben die armen und schwächsten Menschen zurück. 2015 hatten 4,5 Mrd. Menschen (61 Prozent der Weltbevölkerung) nach wie vor keinen Zugang zu sicher verwalteter Sanitärversorgung, und 892 Millionen Menschen verrichteten ihre Notdurft im Freien – vor allem in ländlichen Gebieten Südasiens und Afrikas südlich der Sahara.

Im selben Jahr hatten etwa 2,1 Mrd. Menschen (29 Prozent der Weltbevölkerung) keinen Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung. Fehlt im Haus eine Wasserquelle, so tragen Frauen die Hauptlast der Trinkwasserbeschaffung und verbringen laut einer Studie in 25 Ländern Afrikas südlich der Sahara täglich insgesamt mindestens 16 Mio. Stunden damit, Männer hingegen 6 Mio. und Kinder 4 Mio. Stunden. Diese Belastung lässt Frauen weniger Zeit für andere Aktivitäten wie etwa den Schulbesuch oder die Teilnahme am Arbeitsmarkt. In Konfliktgebieten, wo Frauen und Kinder auf der Suche nach Wasser oder Brennholz weite Strecken zurücklegen und sich dabei oft in Gefahr begeben, ist die Situation weitaus schlimmer.

Derzeit leben eine Milliarde Menschen (13 Prozent der Weltbevölkerung) ohne Strom; 87 Prozent davon in ländlichen Gebieten. Mangelnder Elektrizitätszugang ist eng mit Armut verknüpft. In den 20 Län-

dern mit dem größten Zugangsdefizit liegen die Zugangsraten der reichsten 20 Prozent der Haushalte viermal höher als die des ärmsten Fünftels. Drei Milliarden Menschen, meist Frauen und Kinder, kochen weiter mit unsauberen Brennstoffen und ineffizienten Herden, was ihre Gesundheit und ihr Wohl beeinträchtigt.

Um das Leben der armen und schwächsten Menschen zu verbessern, bedarf es hoher Investitionen in eine hochwertige Grundversorgung.

Sozialschutzsysteme bieten schwächeren Menschen ein Sicherheitsnetz

Probleme bei Nachhaltigkeit und Resilienz wirken sich auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlich aus. Sozialschutzsysteme können für Ausgleich sorgen. Sie helfen in jeder Lebensphase Armut und Ungleichheit zu verhindern und zu bekämpfen und schaffen inklusivere, stabilere Gesellschaften. Trotz einer erheblichen Ausweitung des Sozialschutzes in vielen Teilen der Welt ist das Menschenrecht auf soziale Sicherheit für die meisten Menschen noch fern. 2016 erhielten de facto schätzungsweise nur 45 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine monetäre Sozialschutzleistung, und 4 Mrd. Menschen wurden zurückgelassen.

2016 erhielten nur 22 Prozent der Arbeitslosen ein Arbeitslosengeld, 28 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen eine Invalidenrente, 35 Prozent der Kinder eine Form von sozialem Schutz und 41 Prozent der werdenden Mütter Mutterschaftsgeld. Obwohl 68 Prozent der Menschen im Ruhestandsalter eine Altersrente erhielten, reichte diese oft nicht aus, um ältere Menschen aus der Armut zu befreien. Bis alle, die sozialen Schutz benötigen, ihn auch erhalten, bleibt noch viel zu tun.

Resiliente Städte erfordern die Bewältigung der wachsenden Sozial-, Wirtschafts- und Umweltprobleme

Seit 2008 lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten. Dieser Anteil wird bis 2030 wohl auf 60 Prozent steigen. Städte und Metropolen sind Wachstumsmotoren, die fast 80 Prozent des weltweiten BIP erwirtschaften. Doch auch ihre Probleme wachsen, darunter Luftverschmutzung, ungeplante Bodennutzung, immer mehr Slumbewohner und eine mangelnde Grundversorgung.

Durch den Klimawandel sind Naturkatstrophen häufiger und schwerer geworden, und Städte mit ihrer Bevölkerungsdichte und wachsenden Wirtschaftskonzentration werden immer anfälliger dafür. 2050 werden wohl 680 Mio. Menschen durch Wirbelstürme und 870 Mio. durch Erdbeben gefährdet sein, gegenüber 310 bzw. 370 Mio. im Jahr 2000. Städtische Lebensräume in kleinen Inselentwicklungsländern sind durch das Zusammentreffen von Verstädterung, Gefährdung durch Naturkatastrophen und Klimawandel fragil. Die Auswirkungen sind oft verheerend. So lebt in der Karibik mehr als die Hälfte der Bevölkerung weniger als 1,5 km vom Meer entfernt. Dies führte in der verheerenden Hurrikansaison 2017 zu wirtschaftlichen Verlusten in beispielloser Höhe.

Durch solide Stadtplanung und -verwaltung können Städte inklusiv, sicher, resilient und nachhaltig werden und als dynamische Zentren für Innovation und Unternehmertum dienen. 152 Länder weltweit fördern durch städtepolitische Maßnahmen eine stärkere Koordinierung und Vernetzung in der Stadtentwicklung und stellen so die Weichen für nachhaltige Verstädterung. Es gilt mehr zu tun, um eine wirksame Umsetzung dieser Maßnahmen zu gewährleisten.

Resiliente Gesellschaften können Konflikte abwenden

In den letzten zehn Jahren haben gewaltsame Konflikte stark zugenommen und zur Vertreibung von Millionen Menschen geführt (2017 waren es mit 68,5 Mio. mehr als je zuvor). Nach jüngsten Analysen führen Konflikte unter anderem zu mehr Hunger und Ernährungsunsicherheit. Auch die Zahl der Unterernährten ist erstmals seit zehn Jahren gestiegen – von 777 Mio. 2015 auf 815 Mio. 2016. Konflikte gehören in 18 Ländern, in denen 74 Mio. Menschen dringend humanitäre Hilfe benötigen, zu den Hauptursachen der Ernährungsunsicherheit.

Vertreibung infolge von Konflikten wirkt sich auch auf Verstädterungsmuster, insbesondere die Slumbildung, aus. Überall, von Asien bis Afrika, landen durch Konflikte vertriebene Menschen in Slums, wo selbst eine einfache Wasser- und Sanitärversorgung rar ist und Tausende in menschenunwürdigen Unterkünften leben.

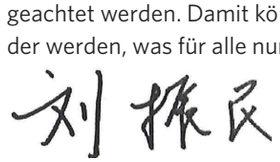
Trotz ihrer Unterschiede werden alle Konfliktursachen durch den Klimawandel verschärft. Klimabedingte Ereignisse wie Dürren gefährden die Nahrungs- und Wasserversorgung, erhöhen die Konkurrenz um natürliche Ressourcen und verursachen Unruhen, was die ohnehin schon verheerenden Konfliktauswirkungen noch verschärfen kann.

Durch Investitionen in gute Regierungsführung, Verbesserung der Lebensbedingungen, Verringerung von Ungleichheit und Ausbau der Kapazitäten von Gemeinschaften können die Widerstandskraft gegenüber drohenden Konflikten gestärkt und der Frieden in Fällen gewaltsamer Schocks oder langfristiger Stressoren erhalten werden.

Durch die Entwicklung inklusiverer und nachhaltigerer Gesellschaften kann Migration allen nützen

Die Zahl der internationalen Migranten ist weltweit zwischen 2000 und 2017 von 173 auf 258 Millionen gestiegen. Migration trägt im Herkunfts- wie im Zielland zu inklusiver und nachhaltiger Wirtschafts- und sonstiger Entwicklung bei. 2017 betrugen die Heimatüberweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen mit 466 Mrd. Dollar mehr als das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe für diese Länder. Sie sind eine wichtige Quelle von Haushaltseinkom-men und verbessern die Situation von Familien und Gemeinden durch Investitionen in Bildung, Gesundheit, Sanitärversorgung, Wohnungswesen und Infrastruktur. Migranten nützen auch den Zielländern, da sie oft Arbeitsmarktlücken schließen, als Unternehmer Arbeitsplätze schaffen und Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Viele werden Hindernissen zum Trotz zu den dynamischsten Gesellschaftsmitgliedern, tragen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie bei und bereichern ihre Aufnahmegemeinden durch ihren Beitrag zur kulturellen Vielfalt.

Dennoch sind viele Migranten weiter stark gefährdet, und Investitionen in nachhaltige und resiliente Gesellschaften werden ihnen zugutekommen. Bessere Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verringern die negativen Faktoren, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat bringen. In den Zielländern sorgt der allgemeine Zugang zu grundlegenden Diensten wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz dafür, dass auch die Menschenrechte der Migranten geachtet werden. Damit können sie produktive Gesellschaftsmitglieder werden, was für alle nur Vorteile bringt.



LIU Zhenmin
Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Eine Datenrevolution im Gange

Am 6. Juli 2017 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Rahmen globaler Indikatoren zur Überwachung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als ein freiwilliges und ländergesteuertes Unterfangen. Die 232 globalen Indikatoren werden durch von einzelnen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erarbeitete Indikatoren auf regionaler und nationaler Ebene ergänzt. Daten aus nationalen Statistik- und Datensystemen liegen der Zusammenstellung der globalen Indikatoren zugrunde.

Aus solchen Systemen aus aller Welt sind viele wichtige Initiativen für die Entwicklung neuer Werkzeuge und Rahmen zur Einbindung neuer Datenquellen hervorgegangen, mit dem Ziel, das Potenzial der Datenrevolution voll zu nutzen und die Ziele und Zielvorgaben der Agenda 2030 zu erreichen. Da die Daten zunehmend nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Rasse, Ethnizität, Migrationsstatus, Behinderung, geografischer Lage und anderen Merkmalen aufgeschlüsselt sind, sind diese Bemühungen besonders für die Identifizierung derjenigen wichtig, die am weitesten zurückliegen. Derartige detaillierte Informationen bilden die Grundlage für wirksame Maßnahmen.

Bewertungen der nationalen Statistikkapazitäten offenbaren enorme Herausforderungen

Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 im September 2015 haben Entwicklungsländer damit begonnen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung durchgängig in ihre nationalen Entwicklungspläne und ihre Überwachungs- und Evaluierungsrahmen einzubinden. Manche Länder haben auch Rahmen von Indikatoren zur Überwachung der Zielfortschritte entwickelt. In zahlreichen nationalen Statistiksystemen werden die Datenerfordernisse für die Zielindikatoren in bestehende Arbeitsprogramme und nationale Strategien für die Statistikentwicklung eingegliedert. Ziel ist es, Datenlieferanten zu organisieren, Quellen zu identifizieren, auf Datenlücken aufmerksam zu machen und die notwendigen Kapazitätsaufbaumaßnahmen einzuleiten.

Umsetzung eines nationalen Überwachungsrahmens in Bangladesch

Seit 2016 setzt die Regierung Bangladeschs den nationalen Überwachungsrahmen für die Ziele für nachhaltige Entwicklung aktiv um. Im Büro der Ministerpräsidentin wurde die Stelle eines Leitenden Koordinators für den Prozess geschaffen. Viele Regierungsstellen, darunter die Abteilung allgemeine Wirtschaftspolitik der Planungskommission und das Statistikbüro Bangladeschs, haben Berichte veröffentlicht, um Datenlücken zu identifizieren und zu dokumentieren und die globalen Zielindikatoren in den siebenten Fünfjahresplan (2016-2020) zu integrieren.

Die Analyse der Datenlücken ergab, dass zu 70 Indikatoren Daten vorliegen und für weitere 108 generiert werden können, indem vorhandene Voll- und Teilerhebungen der Aufschlüsselung wegen modifiziert werden. Für weitere 63 Indikatoren müssen neue Voll- oder Teilerhebungen durchgeführt werden, um Informationen zur Leistungsmessung bei der Erreichung der Zielvorgaben der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu gewinnen.

Der erste Schritt bei der Entwicklung von Plänen und Strategien für die Indikatoren der Nachhaltigkeitsziele ist eine Bewertung der Statistikkapazität eines Landes in Beratung mit allen Mitgliedern des nationalen Statistiksystems. Die in der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten angesiedelte Statistikabteilung der Vereinten Nationen traf im Rahmen eines Pilotprojekts in 6 Ländern – 3 in Afrika und 3 in Asien – eine derartige Bewertung. Diese ergab, dass im Schnitt nur für 40 der anwendbaren globalen Zielindikatoren (20 Prozent) derzeit Daten verfügbar sind. Weitere 47 globale Indikatoren (23 Prozent) wurden als leicht ermittelbar eingestuft, weil die entsprechende Datenquelle grundsätzlich vorhanden ist. Die bestehenden Kapazitäten sind außerdem stark auf externe Hilfe angewiesen. Für die Überwachung weiterer Indikatoren werden zusätzliche Ressourcen benötigt.

Standards für den Austausch von Daten und Metadaten zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung werden Transparenz und Effizienz erhöhen

Eine datengestützte vollständige Umsetzung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung erfordert den Austausch und die Weitergabe großer Datenmengen aus verschiedenen und von unterschiedlichen Lieferanten verwalteten Datenbanken. Der als SDMX (Statistical Data and Metadata Exchange) bekannte Standard bietet eine gemeinsame Sprache und Terminologie für den Austausch und die Nutzung von Daten. Eine Gruppe von Sachverständigen aus Ländern und internationalen Einrichtungen, die mit der Entwicklung der Indikatoren betraut sind, arbeitet seit Oktober 2016 an einem SDMX-basierten Standard für den Datenaustausch zu den Zielen.

Der erste Entwurf einer Datenstruktur für die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung lag Anfang 2018 vor, und die nationalen Statistikämter Kambodschas und der Vereinigten Republik Tansania wenden sie gerade versuchsweise an. Länder und internationale Einrichtungen dürften den SDMX-Standard nach seiner Fertigstellung übernehmen, um den Austausch, die Verbreitung und die Transparenz der Daten bei der globalen und nationalen Berichterstattung über die Zielindikatoren zu verbessern. Der Standard für die Daten wird durch einen Standard für Metadaten ergänzt werden.

Nationale Plattformen zur Berichterstattung und Verbreitung sind Schlüsselinstrumente für die Umsetzung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Werkzeuge für die Sammlung, Aufbereitung und Verbreitung von Daten zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung sind entscheidend, um sicherzustellen, dass diese Daten von den Politikverantwortlichen umfassend und wirksam genutzt werden. Nationale Plattformen für die Berichterstattung über die Ziele und für deren Verbreitung sind für Politikverantwortliche und letztlich für alle Interessenträger zur Ermittlung von Fortschrittsbereichen und als Informationsgrundlage für künftige Maßnahmen unerlässlich. Sie erfüllen außerdem bei der Zusammenstellung nationaler Daten eine Schlüsselfunktion, da sie Daten und Metadaten aus dem gesamten Statistiksystem zusammenführen. Dadurch werden die Datenqualität gesichert und die Koordinierung innerhalb des nationalen Statistiksystems verbessert.

Frühere Initiativen zur Einrichtung nationaler Online-Plattformen für Berichterstattung und Verbreitung brachten gemischte Ergebnisse für die Nutzer. Auf einer Konferenz Anfang 2018 trafen sich über 60 Fachleute aus nationalen Statistikämtern und internationalen und regionalen Organisationen, die nationale Plattformen dieser Art unterstützen, sowie Geber und andere Lösungsanbieter. Im Zentrum der Konferenz standen die Bedürfnisse der Nutzer, die Erörterung bewährter Verfahren sowie Lösungen und mögliche künftige Vorgehensweisen für die Länder. Die Konferenz erbrachte Grundsätze und Leitlinien für Entwicklung und Nutzung nationaler Berichts- und Verbreitungsplattformen, die die Länder bei der Einrichtung ihrer nationalen Plattformen anleiten.

Eine frei verfügbare, wiederverwendbare und konfigurierbare nationale Berichterstattungsplattform für die Nachhaltigkeitsziele

In den Vereinigten Staaten (USA) entwickelten das Amt für allgemeine Verwaltungsdienste und das Verwaltungs- und Haushaltsbüro 2016 eine nationale Online-Plattform für die Berichterstattung über die Nachhaltigkeitsziele. Das Innovative daran ist, dass ein vorhandenes Produkt mit Hilfe etablierter Experten für quelloffene Software so angepasst wird, dass eine vom Land selbst gesteuerte Lösung entsteht, die für alle Länder und Organisationen frei replizierbar und voll konfigurierbar ist. Das Nationale Statistikamt des Vereinigten Königreichs (UK) entwickelte diese Plattform weiter und übernahm sie für seine eigene Berichterstattung über die Ziele. Weitere Verbesserungen sind auch die Darstellung aufgeschlüsselter Daten für einzelne Indikatoren, was die die am weitesten zurückliegenden Bereiche zu ermitteln und zu priorisieren hilft. Beide Online-Plattformen werden laufend weiterentwickelt. Die USA und das UK unterstützen weiter andere Länder bei der Übernahme dieser Plattformen und der Entwicklung zusätzlicher Funktionen wie einer verbesserten Visualisierung der Daten.
Weitere Informationen finden sich unter https://sdg.data.gov/ und https://sustainabledevelopment-uk.github.io.

Die Verwendung von Geodaten kann dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird

Die Agenda 2030 gibt Kategorien vor, nach denen Daten aufzuschlüsseln sind. Um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird, ist die Kategorie „Ort“ wichtig. So wird klar, wo eine Situation vorliegt oder ein Ereignis stattgefunden hat, damit Entscheider reagieren können. Seit 2011 sind die VN mit der Einrichtung ihres Sachverständigenausschusses für das Management globaler Geoinformationen bei der Stärkung des globalen Datenökosystems gut vorangekommen. Fachleute für Geodaten haben in enger Zusammenarbeit mit Statistikern untersucht, wie sich Geoinformationen nutzen lassen, um zahlreiche Indikatoren der Ziele für nachhaltige Entwicklung besser auszuweisen.

Die Zusammenführung von Geoinformationen mit Daten und Statistiken zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung ist außerdem unerlässlich, um die Daten über Datenökosysteme hinweg interoperabel zu machen und Datensätze sowohl innerhalb eines Landes als auch länderübergreifend zu verknüpfen. Nationale Statistikämter und nationale Stellen für Geodaten arbeiten nun zusammen an der Einrichtung eines Verbund-Informationssystems für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. In dieser zentralen Erfassungsstelle werden nationale Informationen zu den Zielen gebündelt sowie an ein globales Datenzentrum weitergeleitet.

Zugang zu Geo- und Statistikdaten über ein Datenzentrum für die Nachhaltigkeitsziele

Im November 2017 richtete Irland sein nationales Zentrum für die Nachhaltigkeitsziele ein, eine Web-Plattform für den Zugriff auf über 100 Ebenen geostatistischer Daten, Visualisierungsinstrumente und Web-Anwendungen zu den Zielen. Das Zentrum ist Teil einer im September 2016 zwischen dem Zentralen Statistikamt und dem Vermessungsamt Irlands eingegangenen Kooperation. Das Zentrum bietet offenen und transparenten Zugang zu integrierten Geo- und statistischen Daten zur Unterstützung der Regierungsagenda für die Reform des öffentlichen Sektors.

Diese Kooperation kommt allen Interessenträgern klar zugute und schafft Synergien zwischen den für die Gewinnung und Verbreitung von Geo- und statistischen Daten zuständigen nationalen Behörden. Gleichzeitig zeigt sie den Wert einer Visualisierung statistischer Daten für die Ziele für nachhaltige Entwicklung im Geokontext und einer Neuausrichtung bestehender Systeme und Architekturen, sodass Daten durch eine Kombination von Text, Grafiken und Karten veranschaulicht werden. Dieses Instrument hilft, Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler und nationaler Ebene anzustoßen. Weitere Informationen finden sich unter http://irelandsdg.geohive.ie.

Das Weltdatenforum der Vereinten Nationen bringt Fachleute für Daten zusammen

Um den Datenbedarf für die Agenda 2030 zu decken, gilt es verschiedene Datenlieferanten und -nutzer zusammenzubringen und Technologie und andere innovative Werkzeuge auszuschöpfen. Das Weltdatenforum der Vereinten Nationen bietet allen Datenlieferanten einen Treffpunkt für einen produktiven Dialog mit Nutzern und Politikern und für die Suche nach Möglichkeiten, die notwendigen Ressourcen für die Datenentwicklung zu mobilisieren. Das Forum wurde von der Statistischen Kommission der VN, einem aus Vertretern nationaler Statistikämter bestehenden zwischenstaatlichen Organ, eingerichtet, damit Datenlieferanten, auch solche außerhalb traditioneller Statistiksysteme, Innovationen bei der Zusammenstellung, Verarbeitung und Verbreitung von Daten vorstellen können.

Kern seiner Arbeit sind der Kapazitätsaufbau und die Mobilisierung von Ressourcen für den Datenbereich. Der Kapazitätsaufbau richtet sich nach dem Globalen Aktionsplan von Kapstadt, der auf dem ersten Forum 2017 vorgestellt wurde. Eine Studie der Statistischen Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert und der Hochrangigen Gruppe für Partnerschaft, Koordinierung und Kapazitätsaufbau im Bereich Statistik für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zeigt klar den Kapazitätsbedarf in den Entwicklungsländern. Am dringendsten ist dieser bei der besseren Nutzung von Verwaltungsdaten, der Aufschlüsselung nach Behinderung und anderen Merkmalen und bei Statistiken zu Einkommen, Armut und Umwelt.

Das zweite Weltdatenforum wird im Oktober 2018 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) stattfinden und sich auf der Grundlage des ersten Forums auf die folgenden Themengebiete konzentrieren:

- Neue Wege des Kapazitätsaufbaus für bessere Daten
- Innovationen und Synergien in Datenökosystemen
- Niemanden zurücklassen
- Die Welt durch Daten verstehen
- Vertrauen in Daten und Statistiken aufbauen
- Was haben wir erreicht?

SCHWERPUNKTZIELE DES HOCHRANGIGEN POLITISCHEN FORUMS

Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

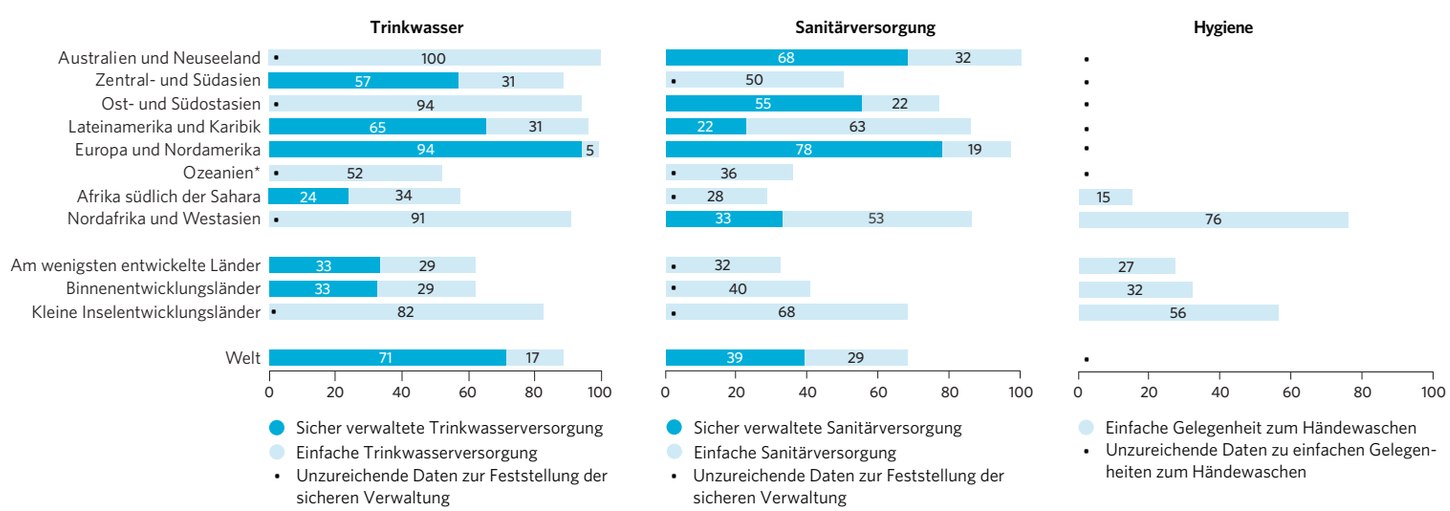
Einwandfreies Trinkwasser und Sanitärversorgung sind grundlegende Menschenrechte. Der Zugang zu Süßwasser in ausreichender Menge und Qualität ist auch eine Voraussetzung für die Verwirklichung vieler Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, darunter Gesundheit, Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung. Wasserökosysteme sind lebensnotwendig und bieten seit jeher natürlichen Raum für menschliche Siedlungen. Ihr Nutzen umfasst unter anderem Transport, natürliche Reinigung, Bewässerung, Hochwasserschutz und Lebensraum für eine reiche Vielfalt von Arten. Doch überfordern und untergraben Bevölkerungswachstum, Intensivierung der Landwirtschaft, Verstädterung und Industrieproduktion allmählich die Fähigkeit der Natur zur Bereitstellung grundlegender Funktionen und Leistungen. Die nachhaltige Deckung des künftigen Wasserbedarfs birgt erhebliche Herausforderungen, die aber zu bewältigen sind. Die Umsetzung der integrierten Wasserbewirtschaftung auf allen Ebenen (auch grenzüberschreitend) und die durchgängige Berücksichtigung der Wasser- und Sanitärversorgung in den Maßnahmen und Plänen anderer Sektoren sind entscheidend.

Die Mehrheit der Weltbevölkerung hat weiter keine sichere Sanitärversorgung, und 30 Prozent haben kein einwandfreies Trinkwasser

2015 nutzten 5,2 Milliarden Menschen (71 Prozent der Weltbevölkerung) eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung, also eine verbesserte, bei Bedarf verfügbare und nicht kontaminierte Wasserquelle im Haushalt. Weitere 1,3 Milliarden (17 Prozent) nutzten eine einfache Trinkwasserversorgung – eine verbesserte Wasserquelle weniger als 30 Minuten entfernt. Damit verfügten noch immer 844 Millionen Menschen nicht einmal über eine einfache Versorgung.

Schätzungen aus 84 Ländern zufolge nutzten 2015 39 Prozent der Weltbevölkerung eine sicher verwaltete Sanitärversorgung – einfache Einrichtungen zur sicheren Fäkalienentsorgung. Weitere 29 Prozent nutzten eine einfache Versorgung – eine verbesserte, nicht gemeinschaftlich genutzte Einrichtung. Im selben Jahr verfügten 2,3 Milliarden Menschen nicht einmal über eine einfache Versorgung, und 892 Millionen Menschen verrichteten ihre Notdurft weiter im Freien. Nur 27 Prozent der Bevölkerung der am wenigsten entwickelten Länder hatten eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen.

Anteil der Bevölkerung, der sicher verwaltete und einfache Trinkwasser- und Sanitärversorgung und Hygieneanlagen nutzt – 2015 (in Prozent)

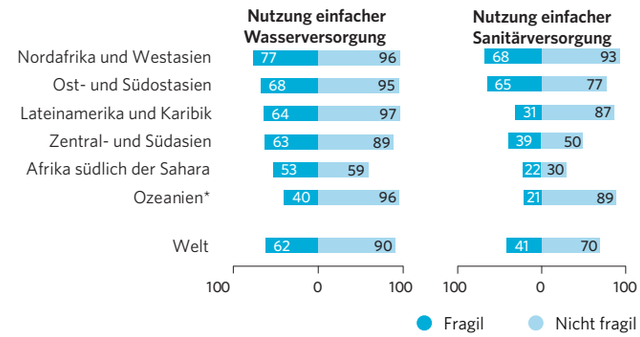


Anmerkung: Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.

Konflikte, Gewalt und Instabilität bremsen Fortschritte bei der Wasser- und Sanitärversorgung

Konflikte, Gewalt und Instabilität können die Fortschritte beim universellen Zugang zu einfacher Wasser- und Sanitärversorgung aufhalten. Nach der harmonisierten Klassifizierung fragiler Staaten der Weltbank lebten 2015 weltweit schätzungsweise 484 Millionen Menschen in fragilen Situationen. 284 Millionen von ihnen entbehrten eine einfache Sanitärversorgung, und 183 Millionen eine einfache Trinkwasserversorgung. Weltweit haben Menschen in fragilen Staaten doppelt so häufig keine sanitäre Grundversorgung und etwa viermal so häufig keine grundlegende Trinkwasserversorgung wie Menschen in nichtfragilen Situationen, wobei es in allen Regionen erhebliche Unterschiede gibt.

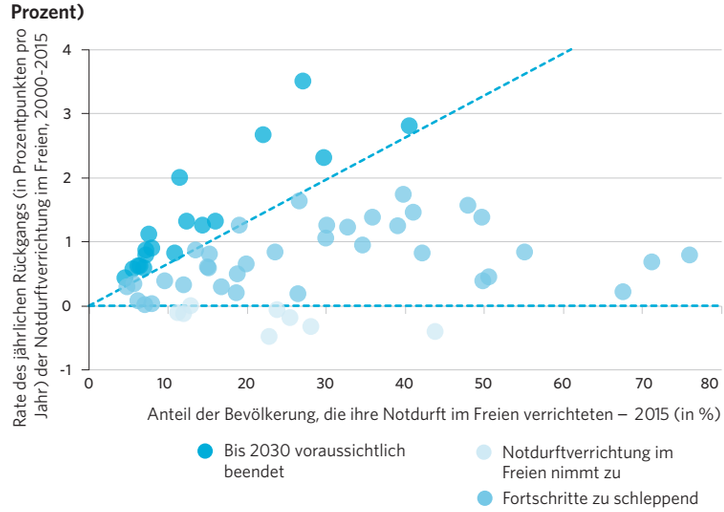
Anteil der Bevölkerung in fragilen und nichtfragilen Staaten, der einfache Wasser- bzw. Sanitärversorgung nutzt – 2015 (in Prozent)



Es bedarf in mehr als 40 Ländern rascherer Fortschritte, um die Notdurftverrichtung im Freien bis 2030 zu beenden

Zwischen 2000 und 2015 sank der Anteil der Weltbevölkerung, der seine Notdurft im Freien verrichtet, von 20 auf 12 Prozent. Um diese Praxis bis 2030 ganz zu beseitigen, bedarf es jedoch rascherer Fortschritte. Von den 62 Ländern, in denen 2015 mindestens 5 Prozent der Bevölkerung ihre Notdurft im Freien verrichteten, dürften 18 die Zielvorgabe für 2030 einhalten. In weiteren 36 Ländern sind die Fortschritte derzeit zu schleppend, um das Ziel zu erreichen. In den restlichen acht Ländern hat die Notdurftverrichtung im Freien seit 2000 sogar zugenommen.

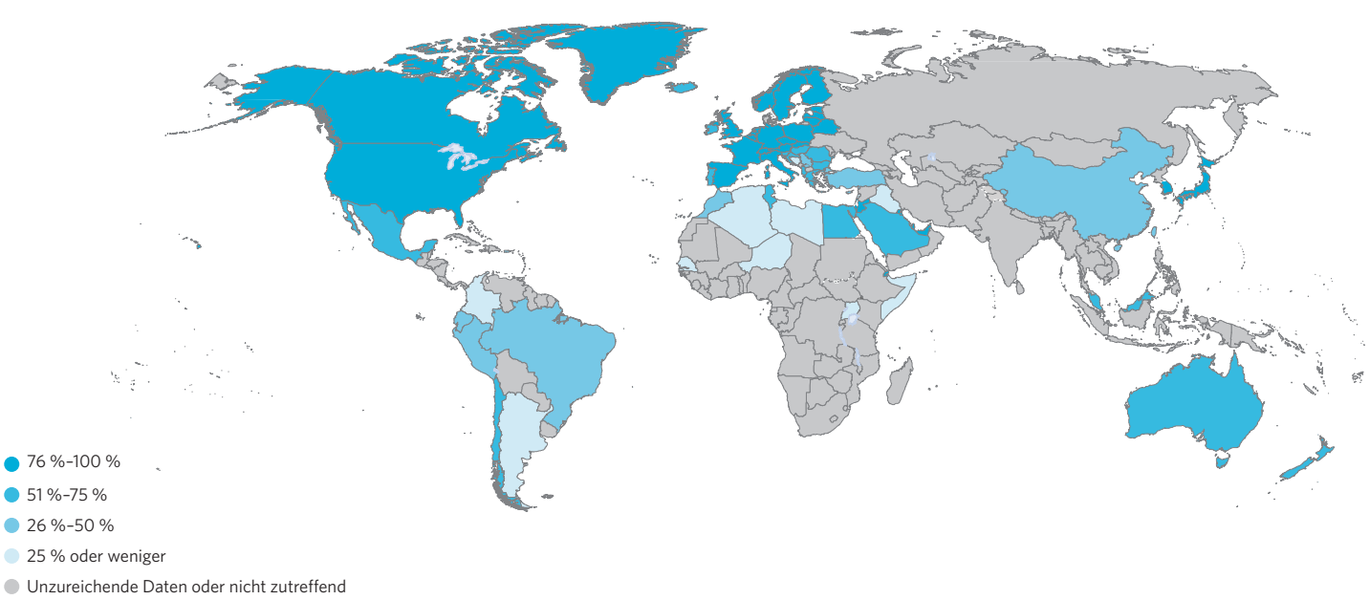
Anteil der Bevölkerung, die ihre Notdurft im Freien verrichteten – 2015, und Rate des jährlichen Rückgangs der Notdurftverrichtung im Freien – 2000-2015 (in Prozent)



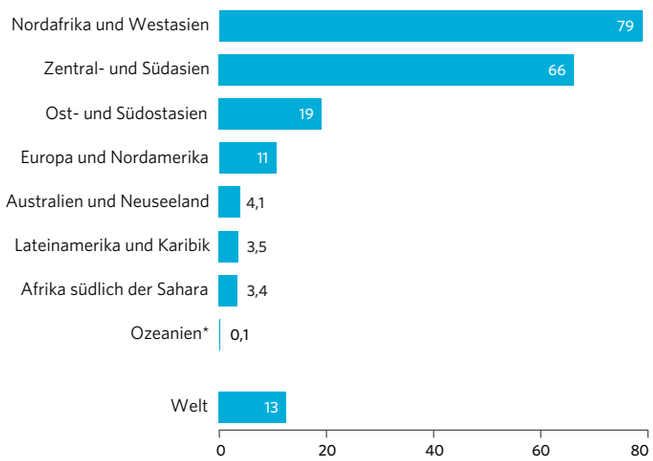
Unbehandelte Haushaltsabwässer gefährden die öffentliche Gesundheit und die Umwelt

Unbehandelte Haushaltsabwässer verschlechtern die allgemeine Wasserqualität und gefährden so die öffentliche Gesundheit. Sie können Trinkwasserquellen verunreinigen und die Möglichkeiten für die sichere und produktive Wiederverwendung von Wasser einschränken. Nach vorläufigen Schätzungen, die auf Haushaltsdaten aus 79 Ländern mit zumeist hohem und hohem mittlerem Einkommen (unter Ausschluss weiter Teile Afrikas und Asiens) beruhen, werden in 22 Ländern weniger als 50 Prozent aller Haushaltsabwässer sicher behandelt. Von den 59 Prozent des behandelten Abwasser stammen 76 Prozent aus Haushalten mit Kanalanschluss, und 18 Prozent werden vor Ort, beispielsweise in Klärgruben, behandelt.

Anteil des sicher behandelten Haushaltsabwassers – 2015 (in Prozent)



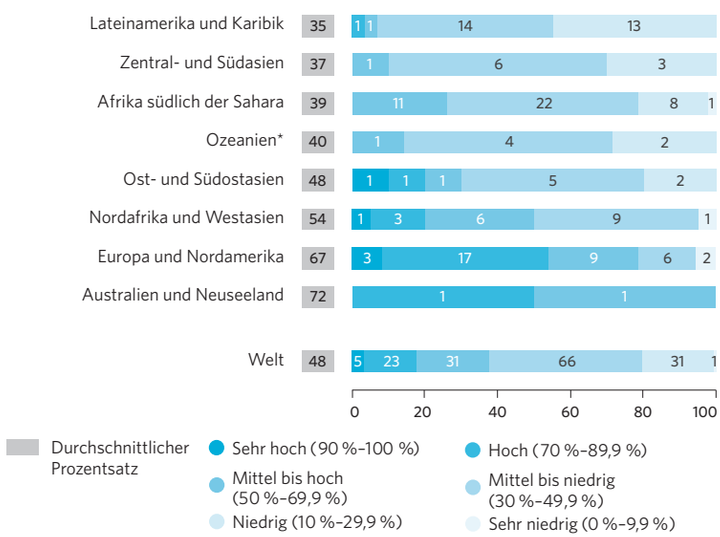
Grad an Wasserstress: Süßwasserentnahme im Verhältnis zum Süßwasservorkommen – um 2014 (in Prozent)



In Nordafrika und Westasien herrscht der größte Wasserstress, was eine künftige Wasserknappheit sehr wahrscheinlich macht

In 22 Ländern (zumeist in Nordafrika und West-, Zentral- und Südasien) liegt der Wasserstress – definiert als das Verhältnis des entnommenen Süßwassers zu den gesamten erneuerbaren Süßwasservorkommen – bei über 70 Prozent. Dies macht eine künftige Wasserknappheit sehr wahrscheinlich. 15 dieser Länder entnahmen mehr als 100 Prozent ihrer erneuerbaren Süßwasservorkommen. Zur Behebung solcher Situationen werden oft unkonventionelle Wasserressourcen wie wiederverwendetes Abwasser, entsalztes Wasser und direkt der Landwirtschaft zugeführtes Sickerwasser genutzt. Die Länder mit dem größten Wasserstress müssen sich darauf konzentrieren, die Produktivität und Effizienz ihrer Wassernutzung durch diese und andere Methoden zu erhöhen.

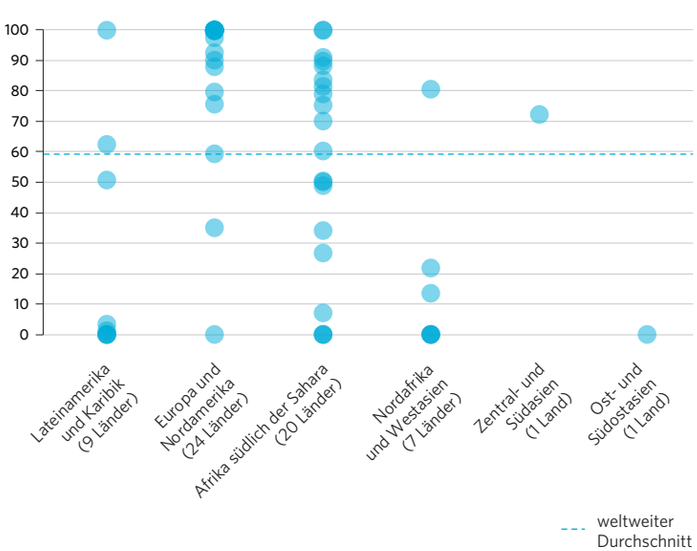
Durchschnittliche Umsetzung der integrierten Wasserbewirtschaftung (IWB) (in Prozent) und Anzahl der Länder pro IWB-Umsetzungskategorie – 2017



Die meisten Länder müssen sich verstärkt um eine bessere Wasserbewirtschaftung bemühen

Eine integrierte Wasserbewirtschaftung (IWB) hilft Wasser so zu nutzen, dass die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung gleichermaßen berücksichtigt werden. 2017 lag die IWB-Umsetzung in 157 Ländern bei durchschnittlich 48 Prozent, mit einer Spannbreite von 10 bis 100 Prozent. Trotz regionaler Unterschiede gab es in jeder Region Länder mit verhältnismäßig hoher Umsetzungsrate. Der Entwicklungsstand ist also nicht zwingend ein Hindernis. Ein Vergleich der 2007 und 2011 zur IWB-Umsetzung durchgeführten Erhebungen deutet auf mäßige Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgabe hin. Erfahrungsgemäß dauert es jedoch mindestens zehn Jahre, bis hohe Umsetzungsraten erzielt werden. Die meisten Länder müssen ihre derzeitigen Fortschritte beschleunigen, um die Zielvorgabe für 2030 annähernd einzuhalten, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung für die Wasserbewirtschaftung.

Anteil grenzüberschreitender Wassereinzugsgebiete, die einer operativen Vereinbarung für Zusammenarbeit im Wassersektor unterliegen – 2017 (in Prozent)



Anmerkung: Für Ozeanien* sind keine Daten verfügbar.

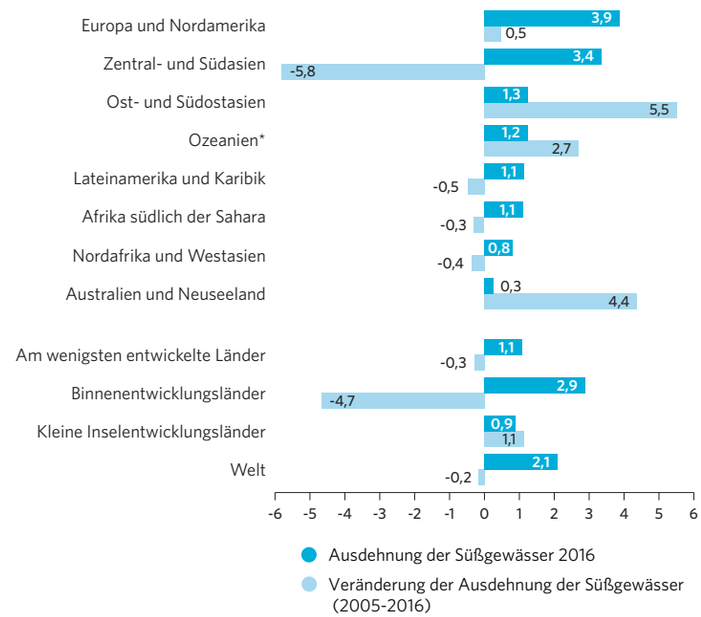
Anrainerstaaten von Flüssen, Seen und Grundwasserleitern müssen stärker zusammenarbeiten

153 Länder teilen sich insgesamt 286 grenzüberschreitende Wassereinzugsgebiete und 592 grenzüberschreitende Grundwasserleiter. Durch die Nutzung grenzüberschreitender Gewässer entstehen politische, wirtschaftliche, umwelt- und sicherheitsbezogene Interdependenzen zwischen Ländern, die eine Zusammenarbeit erforderlich machen. Nach Daten aus 62 dieser Länder waren 2017 im Durchschnitt 59 Prozent der grenzüberschreitenden Einzugsgebiete des jeweiligen Landes von einer operativen Vereinbarung erfasst. Die Länder Europas und Nordamerikas und die Anrainerstaaten vieler großer Einzugsgebiete in Afrika südlich der Sahara arbeiten intensiv zusammen. Weltweit sind die Kooperationsvereinbarungen in Umfang, Funktion und Form sehr unterschiedlich. Die meisten erfassen Flüsse und Seen, jedoch selten Grundwasserleiter. Es ist positiv, dass Schritte zur Überarbeitung veralteter Vereinbarungen, zur Stärkung bestehender Formen der Zusammenarbeit und zur Aushandlung neuer Kooperationsvereinbarungen unternommen werden. Es bedarf jedoch erheblicher Anstrengungen, um gegebenenfalls dafür zu sorgen, dass grenzüberschreitende Einzugsgebiete weltweit von operativen Vereinbarungen erfasst werden.

Unzureichendes Oberflächenwasser in den ärmsten Ländern macht diese für Klimawandel und Wasserknappheit anfälliger

Wasserökosysteme sind die Heimat vielfältiger Pflanzen- und Tierarten und die Quelle zahlreicher nachhaltiger Güter und Dienste wie Nahrungsmittel und Trinkwasser, Energie, Landwirtschaft und Erholung. Regionalen Trenddaten zufolge hat die Ausdehnung des Oberflächenwassers zwischen 2001 und 2015 in manchen Regionen zugenommen. Dies dürfte jedoch weitgehend auf den Bau neuer Speicherbecken, auf Staubewässerung und auf durch den Klimawandel verschärfte extreme Wetterereignisse zurückzuführen sein. Weltweit sind etwas mehr als 2 Prozent der Landfläche von Süßgewässern bedeckt. Dieser Anteil ist jedoch ungleich auf die Länder verteilt. In Europa und Nordamerika beträgt er fast 4 Prozent, während er in den am wenigsten entwickelten und den kleinen Inselentwicklungsländern bei nur etwa 1 Prozent liegt. In den Binnenentwicklungsländern liegt der Gewässeranteil zwar höher, ist jedoch in den letzten zehn Jahren gesunken.

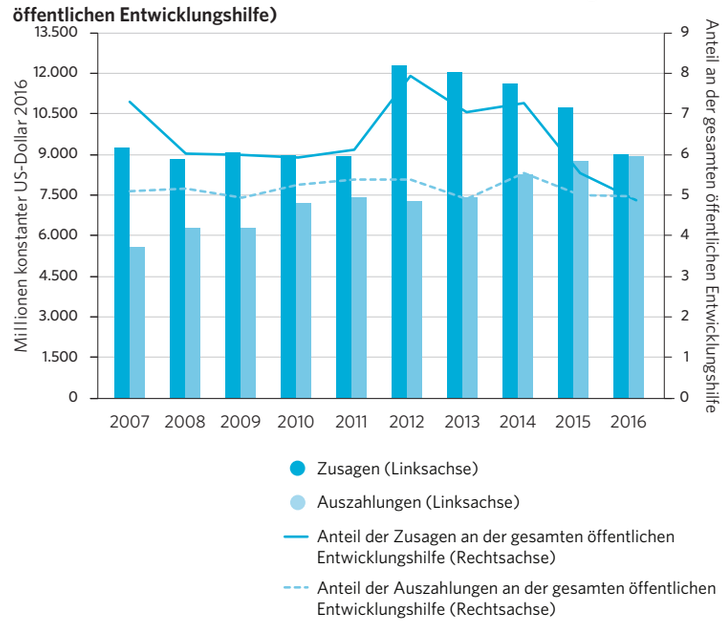
Anteil der von Süßgewässern bedeckten Landfläche – 2016 und Veränderung des Anteils der von Süßgewässern bedeckten Landfläche – 2005-2016 (in Prozent)



Finanzierungszusagen für den Wassersektor sind zwischen 2012 und 2016 um mehr als 25 Prozent gesunken

Die Gewährleistung der Wasser- und Sanitärversorgung für alle erfordert Finanzmittel und technische Kapazitäten, um die nötigen Investitionen in die materielle Infrastruktur zu fördern und aufrechtzuerhalten. Während die gesamte zugesagte und ausgezahlte öffentliche Entwicklungshilfe über alle Sektoren hinweg zwischen 2012 und 2016 stetig zunahm, sank der Anteil der Zusagen für Aktivitäten im Wassersektor. Zu diesen Aktivitäten zählen Trinkwasser- und Sanitärversorgung, Hygiene, Wasserressourcen für die Landwirtschaft, Hochwasserschutz und Wasserkraft. Zwischen 2012 und 2016 sanken die Zusagen für den Wassersektor von ihrem Höchststand von 12 Mrd. Dollar auf 9 Mrd. Dollar; die Auszahlungen für Aktivitäten im Wassersektor stiegen jedoch von 7,4 auf 9 Mrd. Dollar. Mit rückläufigen Zusagen könnten in Zukunft auch die Auszahlungen sinken. Zudem bremst jede Verringerung von Auslandshilfe wohl die Erreichung von Ziel 6: Nach einer 2017 durchgeführten Erhebung reichten in mehr als 80 Prozent der Länder die Finanzmittel zur Erreichung nationaler Wasser-, Sanitär- und Hygienezielvorgaben nicht aus.

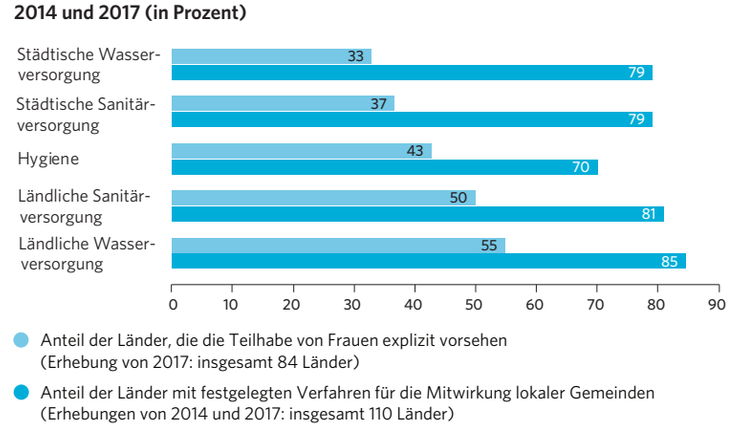
Für den Wassersektor zugesagte und ausgezahlte öffentliche Entwicklungshilfe – 2007-2016 (in Millionen konstanter US-Dollar und als Anteil an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe)



Mehr als die Hälfte der Länder sehen eine Teilhabe der Frauen an der ländlichen Wasserversorgung vor

Maßnahmen und Verfahren für die Mitwirkung von Kommunalverwaltungen am Management der Wasser- und Sanitärversorgung können dazu beitragen, dass Gemeinwesen bei der Bereitstellung dieser unverzichtbaren Dienste informiert und konsultiert werden und vertreten sind. Laut zwei Erhebungen (2014 und 2017) mit Daten zu 110 Ländern gibt es in 85 Prozent dieser Länder Maßnahmen oder Verfahren für die Mitwirkung lokaler Gemeinden an der Bewirtschaftung der ländlichen Wasserversorgung, in 81 Prozent an der ländlichen Sanitärversorgung und in 79 Prozent an der städtischen Wasser- und Sanitärversorgung. Die Teilhabe der Frauen gewinnt als Gleichstellungsmaßnahme an Bedeutung. Maßnahmen, die die Teilhabe von Frauen explizit vorsehen, lagen für die 84 Länder, die an der Erhebung von 2017 teilnahmen, häufiger für ländliche Gemeinwesen als für städtische Gebiete vor.

Anteil der Länder mit gesetzlich oder politisch festgelegten Verfahren für die Mitwirkung der Nutzer von Versorgungsdiensten und Gemeinden und Anteil der Länder mit Maßnahmen, die die Teilhabe von Frauen explizit vorsehen – 2014 und 2017 (in Prozent)

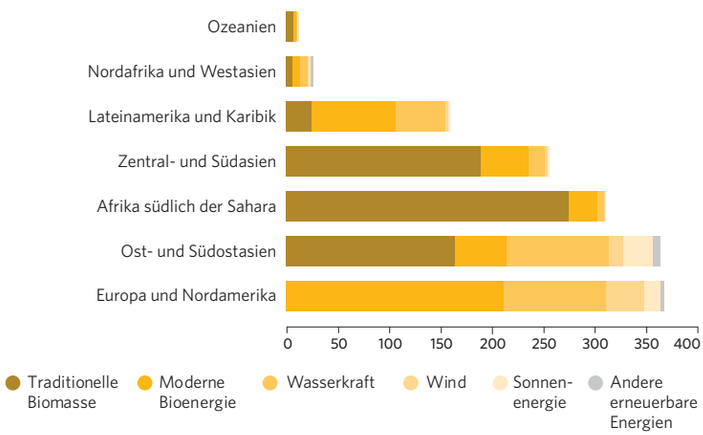


SCHWERPUNKTZIELE DES HOCHRANGIGEN POLITISCHEN FORUMS

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Die jüngsten Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Energie sind ein ermutigendes Zeichen für die Sicherung des Zugangs zu bezahlbarer, verlässlicher und moderner Energie für alle. In vielen Ländern wird der Elektrizitätszugang schneller ausgebaut als die Bevölkerung wächst. Auch die Energieeffizienz steigt weiter, was CO_2-Emissionen ausgleicht und die Energienachfrage und die Energiekosten senkt. Zwar gewinnen erneuerbare Energien im Elektrizitätssektor rasch an Bedeutung, doch sind auch in den Bereichen Verkehr, Wärme und Kühlung raschere Fortschritte notwendig. Trotz Erfolgen haben 41 Prozent der Weltbevölkerung weiter keinen Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen. Insgesamt kommt Ziel 7 nach wie vor nicht rasch genug voran, um die globalen Energie-Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen.

Mengenanteil der einzelnen erneuerbaren Energiequellen am gesamten Energieendverbrauch – 2015 (in Millionen Tonnen Erdöläquivalent)

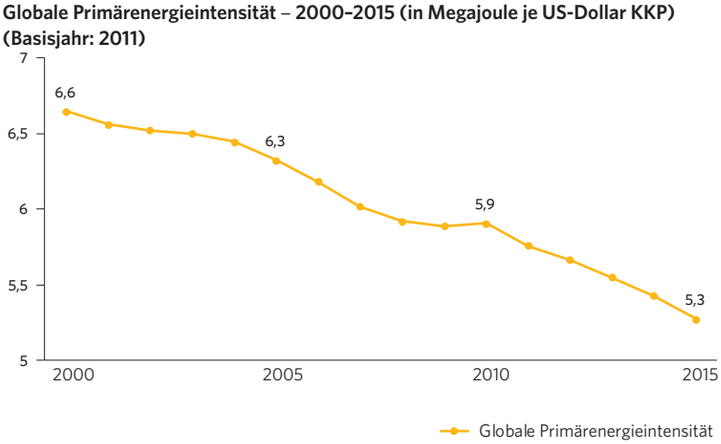


Anmerkungen: Ozeanien umfasst auch Australien und Neuseeland.
Traditionelle Biomasse bezeichnet die Nutzung von Brennholz und Holzkohle in Haushalten in Nicht-OECD-Ländern. Moderne Bioenergie umfasst alle anderen Verwendungsarten von Biomasse. Andere erneuerbare Energien umfassen geothermische Energie und Meeresenergie.

Moderne Formen erneuerbarer Energie müssen sich rascher durchsetzen, um die ehrgeizige Zielvorgabe zu erreichen

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Endverbrauch ist zwischen 2014 und 2015 nur leicht von 17,3 auf 17,5 Prozent gestiegen, und nur 55 Prozent dieses Anteils stammten aus modernen Formen erneuerbarer Energie. Traditionelle Verwendungsarten von Biomasse (wie Brennholz und Holzkohle) machten den Rest aus, der wiederum einen erheblichen Teil von den 3 Milliarden Menschen genutzt wird, die noch immer unsaubere Kochvorrichtungen verwenden. Insgesamt stieg der Verbrauch an erneuerbaren Energien zwischen 2000 und 2015 um 18 Prozent. 2015 entfiel der Anstieg zur Hälfte auf Strom (hauptsächlich aus Wind- und Solarenergie), die andere Hälfte vor allem auf Bioenergie für Wärme und Verkehr. Bei Fortschreibung des derzeitigen Trends dürfte der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 mit nur 21 Prozent die in der entsprechenden Zielvorgabe der Ziele für nachhaltige Entwicklung geforderte deutliche Erhöhung verfehlen.

Globale Primärenergieintensität – 2000–2015 (in Megajoule je US-Dollar KKP) (Basisjahr: 2011)



In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sinkt die Energieintensität am schnellsten; schneller als in reicheren Ländern

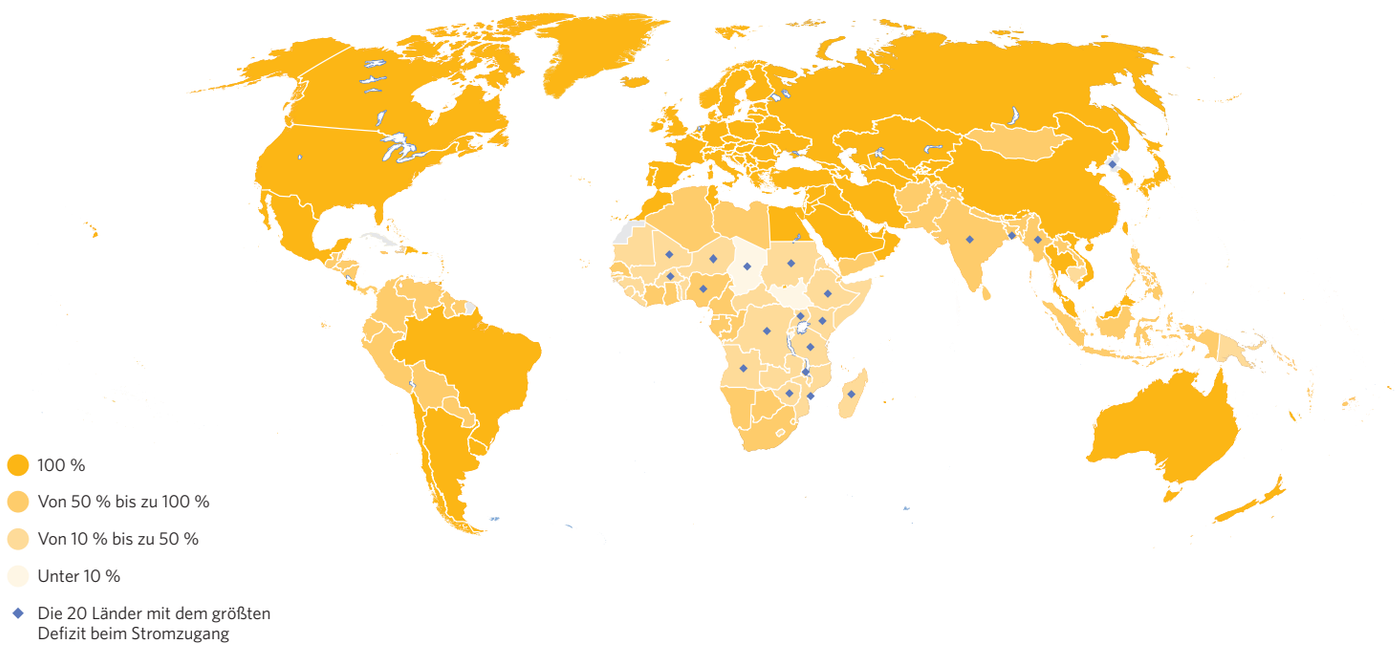
Die globale Energieintensität — der Energieverbrauch je BIP-Einheit — sank 2015 um 2,8 Prozent und damit schneller als in jedem anderen Jahr seit 1990 und doppelt so schnell wie zwischen 1990 und 2010. In den Ländern mit hohem Einkommen war der Rückgang stetig, jedoch langsamer als in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Verbesserungsrate der Energieintensität ist in den aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien und im Pazifik sowie in Afrika inzwischen höher als die weltweite Verbesserungsrate, doch liegt ihre Energieintensität über dem Weltdurchschnitt. Unter den Endverbrauchern erzielte die Industrie 2015 mit einer Senkung der Intensität um 4,2 Prozent beachtliche Fortschritte. Um die Zielvorgabe zu erreichen, muss die globale Energieintensität im Zeitraum 2016-2030 jährlich um 2,7 Prozent sinken, was eine anhaltende Dynamik und die systematische Einführung von Energieeffizienzmaßnahmen in den Ländern voraussetzt, die im Rückstand sind.

Weite Teile Afrikas und Asiens sind trotz Fortschritten weiter ohne Strom

Von 2000 bis 2016 ist der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu Elektrizität um fast 10 Prozentpunkte auf 87 Prozent gestiegen. Erstmals seit 1990 sank damit die absolute Zahl der Menschen, die ohne Strom leben, unter den symbolischen Schwellenwert von einer Milliarde. Der Zugang in ländlichen Gebieten konnte deutlich verbessert werden; teils aufgrund eines langsameren Bevölkerungswachstums, doch auch durch einen Zuwachs an netzfernem Solarstrom. Dennoch liegen die Zugangsraten in ländlichen Gebieten (76 Prozent) viel niedriger als in städtischen Gebieten (97 Prozent), und weltweit leben 87 Prozent der Menschen ohne Elektrizitätszugang auf dem Land.

Die größten Defizite beim Elektrizitätszugang bestehen in Südasien und Afrika südlich der Sahara. Beide Regionen haben jedoch beachtliche Fortschritte erzielt. Von 2000 bis 2016 stieg die Zugangsrate in Südasien von 60 auf 86 Prozent und in Afrika südlich der Sahara von 26 auf 43 Prozent. Trotz dieser vielversprechenden Entwicklungen zeigen die Prognosen, dass die Welt noch nicht auf Kurs ist, den allgemeinen Elektrizitätszugang bis 2030 zu verwirklichen. Seit 2010 haben etwa 40 Länder die Zielvorgabe erfüllt; weitere 98 Länder werden ihre Anstrengungen verstärken müssen.

Anteil der Bevölkerung, der Zugang zu Strom hat – 2016 (in Prozent)

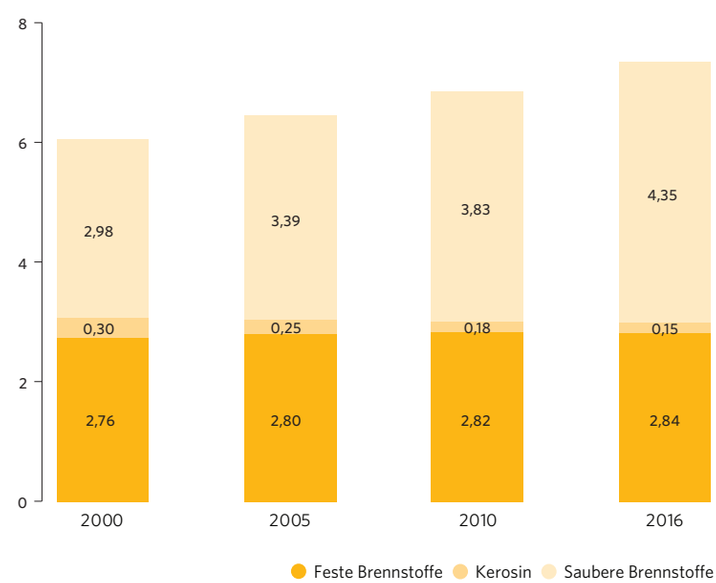


Erschreckende 41 Prozent der Weltbevölkerung haben weiter keinen Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen

Im Zeitraum 2000-2016 erhielten 1,4 Milliarden Menschen Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen. Diese Fortschritte wurden aber durch das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum fast aufgehoben. 2016 hatten 59 Prozent der Bevölkerung Zugang zu diesen Brennstoffen und Technologien; nur 10 Prozentpunkte mehr als 2000.

Der Mangel an sauberen Brennstoffen zum Kochen beeinträchtigt die Gesundheit und das Wohlergehen von etwa 3 Milliarden Menschen, insbesondere Frauen und Kindern, deren Aufgabe es in der Regel ist, Haushaltsenergie zu beschaffen und zu nutzen. In Afrika südlich der Sahara, Ozeanien* und vielen Teilen Asiens leben die größten Bevölkerungsgruppen, die unsaubere Brennstoffe verwenden. 2016 nutzten noch etwa 2,8 Milliarden Menschen feste Brennstoffe in ineffizienten Kochvorrichtungen, was starke Raumluftverschmutzung verursacht. Bei Fortschreibung der derzeitigen Trends werden auch 2030 noch 2,3 Milliarden Menschen mit herkömmlichen Methoden kochen. Die Lösung liegt in saubereren Brennstoffen und Technologien wie Gas und Elektrizität und in effizienteren Kochvorrichtungen. Um mehr Menschen rascher ein schadstoffarmes Kochen zu ermöglichen, müssen Probleme wie hohe Kosten, fehlendes Verbraucherbewusstsein für die Vorteile schadstoffarmen Kochens und minimale Finanzierungschancen für Hersteller sauberer Energietechnologien zum Kochen unbedingt ausgeräumt werden.

Zahl der Menschen, die vorwiegend saubere Brennstoffe, Kerosin bzw. feste Brennstoffe verwenden – 2000, 2005, 2010 und 2016 (in Milliarden)



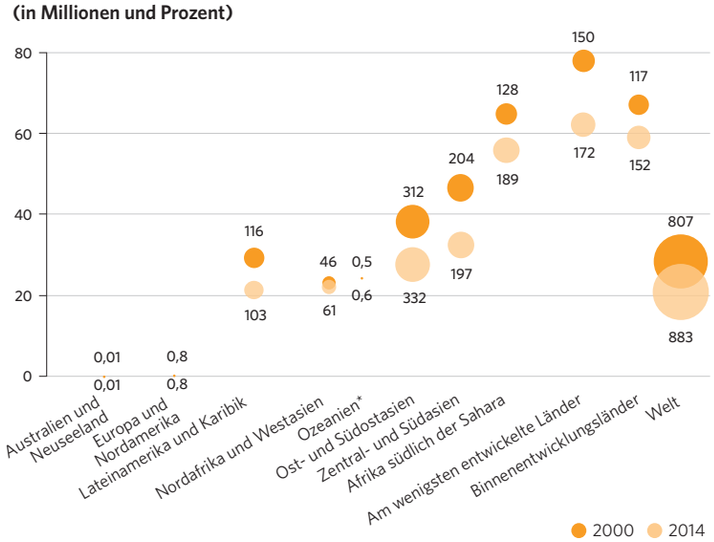
Anmerkung: Feste Brennstoffe umfassen Holz, Kohle, Holzkohle, Dung und Pflanzenabfälle.

SCHWERPUNKTZIELE DES HOCHRANGIGEN POLITISCHEN FORUMS

Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Die zunehmende Verstädterung bedeutet für viele Länder immer mehr Slumbewohner, sinkende Luftqualität sowie ungenügende städtische Grundversorgung und Infrastruktur. Die Zersiedelung hält an, und die räumliche Ausdehnung der Städte wächst 1,5-mal so schnell wie die Bevölkerung, was eine bessere Stadtplanung und effizientere Verkehrssysteme erforderlich macht. Zur Bewältigung vieler dieser Probleme haben 152 Länder eine nationale Städtepolitik zur Förderung einer nachhaltigen Verstädterung entwickelt. Trotz einiger Fortschritte bedarf es verstärkter Anstrengungen, um sicherzustellen, dass alle Stadtbewohner Zugang zu sicherem und angemessenem Wohnraum, sauberer Luft und einer Grundversorgung haben und in resilienten und nachhaltigen Gemeinschaften leben.

Zahl und Anteil der Stadtbewohner, die in Slums leben – 2000 und 2014 (in Millionen und Prozent)

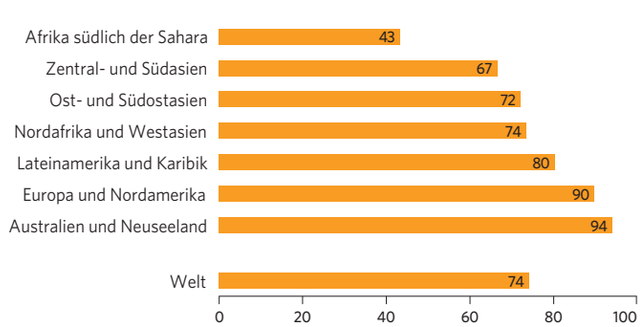


Anmerkungen: Die Größe der Blasen zeigt die Zahl (in Millionen) der Menschen an, die in Slums leben; die Stellung der Blasen auf der Vertikalen repräsentiert den Anteil der Bevölkerung, der in Slums lebt. Erstmals umfassen die Daten dieses Jahr sowohl entwickelte als auch Entwicklungsländern. Daher können die Werte leicht von denen früherer Berichte abweichen.

Die Stadtbevölkerung wächst schneller als Slumbedingungen verbessert werden

In den letzten 15 Jahren haben Länder städtische Slums kontinuierlich aufgewertet und konnten Millionen Menschen aus unangemessenen Bedingungen befreien und ihnen angemessenen Wohnraum bieten. Dadurch sank der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner weltweit zwischen 2000 und 2014 um 20 Prozent (von 28,4 Prozent auf 22,8 Prozent). Im selben Zeitraum blieb jedoch der Bau neuen Wohnraums weit hinter dem Wachstum der Stadtbevölkerung zurück, und die Zahl der in Slums lebenden Menschen stieg sogar von 807 Millionen auf 883 Millionen. Die Mehrheit der Slumbewohner lebt in drei Regionen: Ost- und Südostasien (332 Millionen), Zentral- und Südasien (197 Millionen) und Afrika südlich der Sahara (189 Millionen).

Anteil der festen Siedlungsabfälle, die gesammelt werden – 2001–2015 (Daten aus 214 Städten/Gemeinden in 103 Ländern) (in Prozent)



Anmerkungen: Aus Ozeanien* liegen nur für eine Stadt Daten vor, daher erscheint die Region hier nicht. Die weltweiten und regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus den für Städte verfügbaren Daten und könnten in künftigen Berichten anders ausfallen, wenn umfassendere Daten für Städte verfügbar werden.

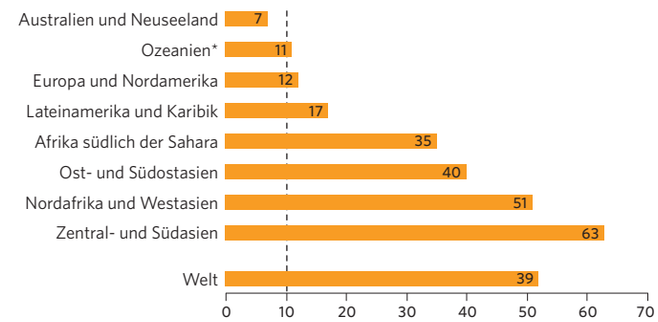
In den Städten mehrerer Regionen ist die Bewirtschaftung von Festabfällen weiter eine große ökologische Herausforderung

Die schadlose Sammlung, Beseitigung, Behandlung und Entsorgung von Festabfällen gehört zu den wichtigsten städtischen Diensten. Mit dem Wachstum der Stadtbevölkerung, steigendem Einkommensniveau und einer stärkeren Konsumorientierung der Volkswirtschaften wird das Volumen der Festabfälle nur zunehmen. Daten aus 214 Städten und Gemeinden in 103 Ländern zeigen, dass rund drei Viertel der festen Siedlungsabfälle gesammelt werden. In Afrika südlich der Sahara sind es weniger als die Hälfte, was die Gesundheit der Bewohner beeinträchtigt. Und selbst wenn Abfälle gesammelt werden, werden sie oft nicht nachhaltig und umweltschonend behandelt und entsorgt. Die Bewirtschaftung dieser Abfälle ist für städtische Gebiete in mehreren Regionen nach wie vor eine große Herausforderung.

Neunzig Prozent aller Stadtbewohner atmen verschmutzte Luft; die Folge sind Millionen Todesfälle

Die Gesundheit der meisten Stadtbewohner ist durch Luftverschmutzung gefährdet. 2016 lagen die Jahresmittelwerte für Feinstaubpartikel ($PM_{2,5}$) in allen Regionen außer Australien und Neuseeland über dem Luftqualitätsstandard der Weltgesundheitsorganisation von höchstens 10 Mikrogramm pro Kubikmeter. In Zentral- und Südasien sowie in Nordafrika und Westasien betrug der Mittelwert mehr als das Fünffache des Richtwerts. Damit atmeten 9 von 10 Stadtbewohnern keine saubere Luft, und für mehr als die Hälfte von ihnen lag die Feinstaubkonzentration mindestens 2,5 Mal höher als der sichere Schwellenwert. 2016 starben Schätzungen zufolge 4,2 Millionen Menschen infolge hoher Verunreinigung der Außenluft. Luftverschmutzung macht nicht an Grenzen halt, und die Verbesserung der Luftqualität erfordert dauerhafte und koordinierte Maßnahmen auf allen Regierungsebenen.

Jährliches Aufkommen von Feinstaubpartikeln ($PM_{2,5}$) in der Außenluft städtischer Gebiete, gewichtet nach Bevölkerung (in Mikrogramm je Kubikmeter)

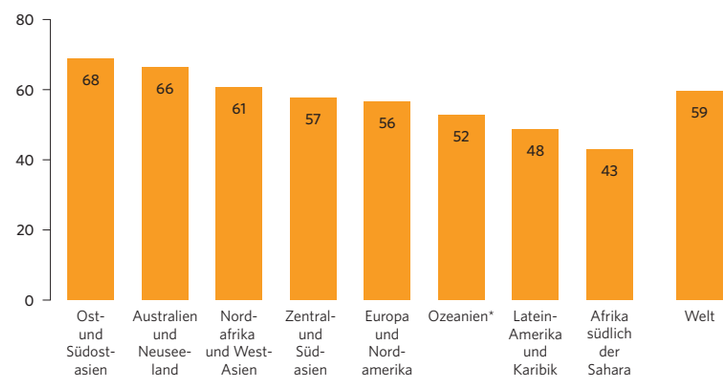


Anmerkung: Die senkrechte Linie markiert den Luftqualitätsstandard der Weltgesundheitsorganisation für Feinstaubpartikel ($PM_{2,5}$) von 10 Mikrogramm oder weniger pro Kubikmeter.

Über die Hälfte der bebauten Flächen in den Städten weltweit sind öffentliche Freiflächen

Öffentliche Freiflächen in den Städten der Welt – Parks, Flanierstraßen, Gärten, Spielplätze, Straßen – spielen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben als Begegnungsstätten eine unverzichtbare Rolle. Sie bieten oft auch weitere Vorteile wie sauberere Luft und Fußgängerfreundlichkeit und fördern so die körperliche und geistige Gesundheit. Flächennutzungsplaner empfehlen, 15 bis 20 Prozent städtischer Flächen öffentlichen Räumen (außer Straßen) und zwischen 30 und 35 Prozent Straßen vorzubehalten. Nach Daten aus 231 Städten sind 59 Prozent ihrer bebauten Flächen urbanisierte Freiflächen (etwa die Hälfte davon Straßen). Lateinamerika und die Karibik und Afrika südlich der Sahara sind die einzigen Regionen, in denen dieser Anteil für die untersuchten Städte unter 50 Prozent liegt.

Anteil urbanisierter Freiflächen an der bebauten Fläche – 2014 (Daten aus 231 Städten) (in Prozent)

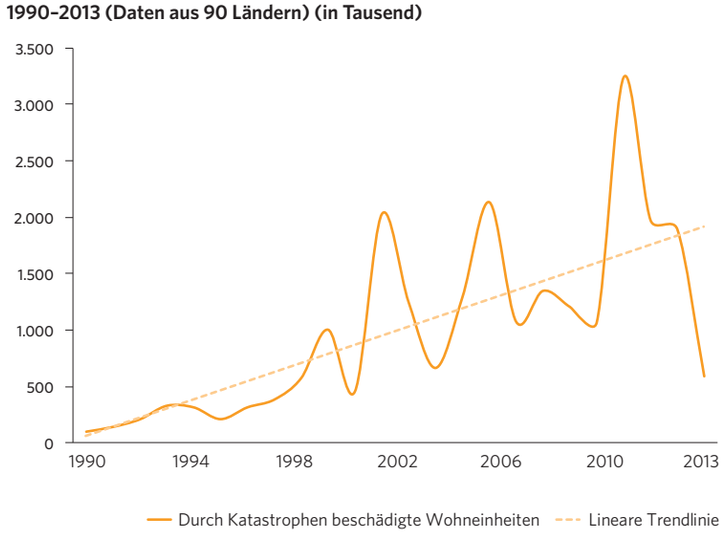


Anmerkung: Die weltweiten und regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus den für Städte verfügbaren Daten und könnten in künftigen Berichten anders ausfallen, wenn umfassendere Daten für Städte verfügbar werden.

Katastrophenvorsorge ist dringend nötig, um Städte weltweit resilienter zu machen

Die aufgrund von Katastrophen gemeldeten Schäden an Wohnhäusern sind seit 1990 statistisch signifikant gestiegen, selbst wenn man die starke jährliche Varianz berücksichtigt. Im selben Zeitraum sind auch immer mehr Menschen bei kleinen und mittleren Katastrophen ums Leben gekommen. Haushalte mit niedrigem Einkommen und Kleinunternehmen sind häufiger betroffen als Haushalte mit mittlerem und hohem Einkommen, da sie Gefahren stärker ausgesetzt sind, ihre Umstände sie verwundbar machen und sie geringere Bewältigungskapazitäten haben. Um Leben zu retten, Verluste zu verhindern und zu verringern und Städte resilienter zu machen, gilt es öffentliche und private Investitionen zu fördern, die die Katastrophenvorsorge berücksichtigen. Viele Länder suchen durch Maßnahmen wie Investitionen in die Entwässerungsinfrastruktur in flutgefährdeten Gebieten, eine risikobewusste Stadt- und Flächennutzungsplanung sowie geeignete Bau- und andere Vorschriften das Katastrophenrisiko in gefährdeten städtischen Gebieten zu senken.

Gesamtzahl der jährlich durch Katastrophen beschädigten Wohneinheiten – 1990–2013 (Daten aus 90 Ländern) (in Tausend)



SCHWERPUNKTZIELE DES HOCHRANGIGEN POLITISCHEN FORUMS

Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft ist wesentlich davon geprägt, wie sie ihre natürlichen Ressourcen nutzt und bewirtschaftet. Eines der Hauptziele der Agenda 2030 ist es, das Wirtschaftswachstum vom Ressourceneinsatz und der Umweltzerstörung abzukoppeln, vor allem durch eine erhöhte Ressourceneffizienz, und zugleich das Wohlergehen der Menschen zu verbessern. Dies kann durch einen Übergang zu nachhaltigeren Konsum- und Produktionsmustern erfolgen. Dazu bedarf es nationaler politischer Maßnahmen, die günstige Bedingungen, eine soziale und materielle Infrastruktur sowie Märkte schaffen, und einer Umgestaltung der unternehmerischen Praxis entlang globaler Wertschöpfungsketten.

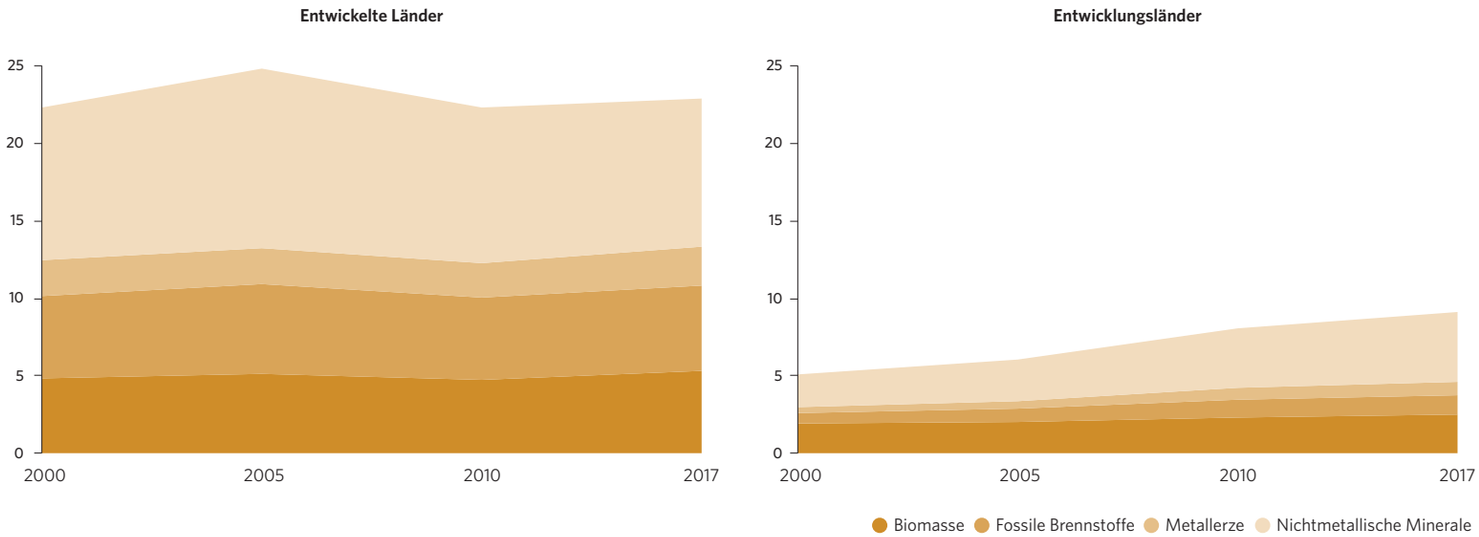
Der Material-Fußabdruck der Entwicklungsländer ist größer geworden, bleibt aber weit kleiner als der der entwickelten Länder

Der „Material-Fußabdruck" einer Volkswirtschaft bezeichnet die Menge der weltweit – entlang der gesamten Lieferkette – gewonnenen Rohstoffe, die zur Deckung der inländischen Endnachfrage eines Landes eingesetzt werden. Mit diesem Material decken die Menschen ihre Grundbedürfnisse an Nahrung, Kleidung, Wasser, Wohnraum und Infrastruktur und in vielen weiteren Lebensbereichen. In den meisten Entwicklungsländern muss dieser Fußabdruck größer werden, um den Lebensstandard einer wachsenden Bevölkerung zu erhöhen. Zugleich gilt es weniger Rohstoffe zu verwenden und ihre Wiederverwertung auszuweiten, um Umweltbelastungen und -auswirkungen zu verringern.

Mit einer Erhöhung des Material-Fußabdrucks von fünf auf neun Tonnen pro Kopf stieg in den Entwicklungsländern der materielle Lebensstandard zwischen 2000 und 2017 deutlich an. Diese Erhöhung geht vorwiegend auf die steigende Nutzung nichtmetallischer Minerale zurück, was auf eine wachsende Infrastruktur und Baubranche hindeutet.

In den entwickelten Ländern liegt der Material-Fußabdruck pro Kopf für alle Arten von Materialien mindestens doppelt so hoch wie in den Entwicklungsländern, und insbesondere für fossile Brennstoffe beträgt er mehr als das Vierfache. Fossile Brennstoffe wirken sich in mehrfacher Weise direkt auf die Umwelt aus, weswegen ihre Abkoppelung vom Wirtschaftswachstum für Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion entscheidend ist.

Material-Fußabdruck pro Kopf nach Art des Rohmaterials – 2000-2017 (in Tonnen pro Kopf)

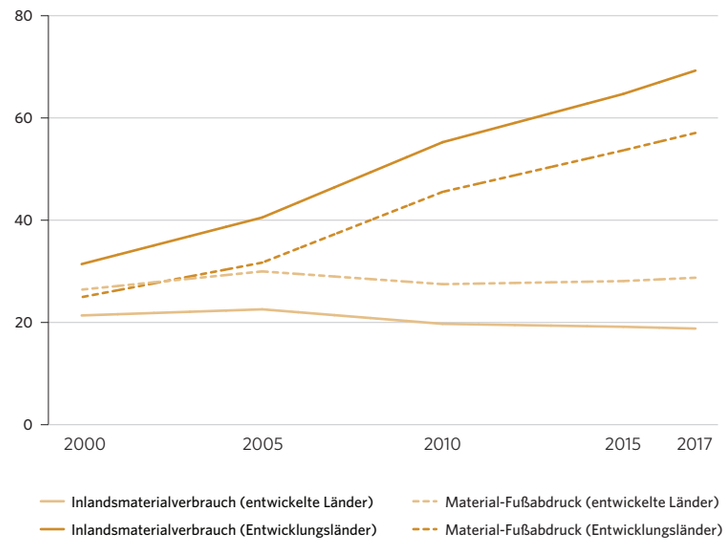


Die Rohstoffgewinnung in den Entwicklungsländern stützt die Konsummuster der reicheren Länder

Der Inlandsmaterialverbrauch (IMV) bezeichnet das in einem Land gewonnene und in Produktionsprozessen eingesetzte Material. Der Material-Fußabdruck hingegen erfasst die Inlands- und die importierten Ressourcen und wird anhand der Endnachfrage berechnet. Ist der IMV eines Landes größer als sein Material-Fußabdruck, so führt es Material, gewöhnlich Minerale oder Biomasse, aus; ist er niedriger, so deutet dies auf Einfuhren hin.

In den letzten 20 Jahren ist der IMV in den Entwicklungsländern rasch gestiegen, um die materiellen Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung zu decken und einen höheren Lebensstandard zu fördern. Die Daten zeigen auch, dass der Unterschied zwischen dem IMV und dem Material-Fußabdruck in entwickelten wie Entwicklungsländern groß, jedoch gegenläufig ist. Damit wird zumindest ein Teil des in Entwicklungsländern gewonnenen Materials zur Befriedigung der Konsumgewohnheiten der entwickelten Länder verwendet. Die entwickelten Länder haben weder ihren gesamten Material-Fußabdruck noch ihren IMV erhöht, doch konnten sie die Kluft zwischen diesen nicht schließen.

Inlandsmaterialverbrauch und Material-Fußabdruck – 2000–2017 (in Milliarden Tonnen)

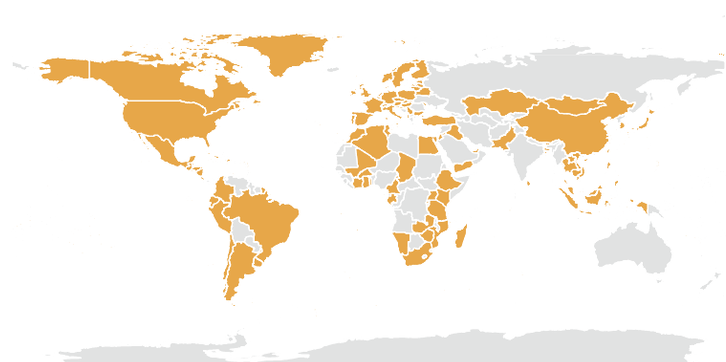


Auch dank der Nachhaltigkeitsziele entwickeln immer mehr Länder eine Politik zugunsten von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion

Politische Instrumente zur Förderung von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion sind wichtig, um den Lebensstandard zu erhöhen, ohne in den Ressourcenbedarf künftiger Generationen einzugreifen. Sie sollen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung entkoppeln, die Ressourceneffizienz steigern und nachhaltigere Lebensweisen fördern.

Mit der Annahme der Agenda 2030 wurden mehr solcher Instrumente entwickelt. 2018 gab es in 71 Ländern und der Europäischen Union makroökonomische oder andere regulatorische, freiwillige oder wirtschaftspolitische Instrumente zur Förderung eines gesamtwirtschaftlichen oder sektorspezifischen Übergangs zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Unter Einbeziehung früherer Erhebungen gab oder gibt es in insgesamt 108 Ländern nationale Maßnahmen oder Initiativen zugunsten dieses Übergangs. Europa ist dabei mit fast der Hälfte der erfassten Politikinstrumente Vorreiter, gefolgt von Lateinamerika und der Karibik und Afrika südlich der Sahara.

Länder mit nationalen Maßnahmen und Initiativen zugunsten von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion – 2015-2018



Mehr multinationale und andere Großunternehmen erstellen Nachhaltigkeitsberichte, doch kleinere Unternehmen müssen folgen

Der Nachhaltigkeitsbericht eines Unternehmens enthält Angaben zu den wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen seiner Tätigkeit. Diese Berichte sind ein wichtiges Mittel zur Förderung der Transparenz und Rechenschaftspflicht der Unternehmen und spielen eine wichtige Rolle bei der Erreichung der Ziele der Agenda 2030. Obwohl diese Praxis noch relativ neu ist, gewinnt sie dank neuer Partnerschaften mit dem Privatsektor zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und wachsenden Interesses seitens Unternehmen (insbesondere Großunternehmen), Regulierungsbehörden, Investoren und anderer Interessenträger an Bedeutung. Nach einem aktuellen Bericht der KPMG verfassen 93 Prozent der 250 umsatzstärksten Unternehmen der Welt und drei Viertel der 100 Spitzenunternehmen in 49 Ländern heute Nachhaltigkeitsberichte.

Dennoch ist mehr methodologische Arbeit nötig, um einen Katalog von Grundindikatoren für unternehmerische Nachhaltigkeit zu erstellen und an der allgemeinen Überwachung der Nachhaltigkeitsziele auszurichten. Die größten Herausforderungen bestehen darin, Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekte in die bestehende Finanz- und sonstige Unternehmensberichterstattung aufzunehmen, die Harmonisierung der Berichtspflichten und -praxis im Bereich Nachhaltigkeit zu erleichtern und die Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit der von den Unternehmen zu nichtfinanziellen Aspekten gelieferten Informationen und Daten sicherzustellen. Problematisch sind auch mangelnde Fachkenntnisse und Ressourcen für diese Berichterstattung in kleinen und mittleren Unternehmen, die in manchen Volkswirtschaften, insbesondere in den Entwicklungsländern, eine Schlüsselrolle spielen.

SCHWERPUNKTZIELE DES HOCHRANGIGEN POLITISCHEN FORUMS

Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Bei der Verwirklichung von Ziel 15 gibt es ermutigende Zeichen. Der Waldverlust hat sich verlangsamt. Immer mehr Waldflächen werden im Rahmen einer integrierten Politik und Praxis, die Waldökosysteme schützt und gegen Schädigungsursachen vorgeht, nachhaltig bewirtschaftet. Alle Regionen kommen weiter dabei voran, für die weltweite Biodiversität besonders wichtigen Gebieten offiziellen Schutzstatus zuzuerkennen. Doch der Konkurrenzkampf um Nahrung, Energie und Wohnraum verschärft die Landverödung. Der Artenschwund geht erschreckend rasch voran. Zudem vereiteln invasive Arten, Wilderei und der illegale Handel mit Wildtieren und -pflanzen sowie weniger öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der Biodiversität Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung unverzichtbarer Ökosysteme und Arten. Ein rascheres Handeln ist dringend erforderlich, um Ökosysteme, von denen alles Leben abhängt, zu erhalten und ihre nachhaltige Nutzung zu fördern.

Um die Entwaldung zu stoppen, müssen Pläne zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung voll umgesetzt werden

Die Waldflächen der Erde nehmen weiter ab – zwischen 2000 und 2015 gingen sie von 4,1 Mrd. Hektar (31,2 Prozent der gesamten Landfläche) auf etwa 4 Mrd. Hektar (30,7 Prozent) zurück. Der Waldverlust ist regional unterschiedlich und in Afrika südlich der Sahara, Südostasien und Lateinamerika am dramatischsten. Dies liegt hauptsächlich an der Umwandlung von Wäldern in Agrarland, die für etwa 73 Prozent des Waldverlusts in den tropischen und subtropischen Regionen verantwortlich ist. Trotz des Rückgangs der Waldflächen ist die Waldverlustrate seit dem Zeitraum 2000-2005 um 25 Prozent gesunken.

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung brachte Erfolge im Kampf gegen den anhaltenden Waldverlust. So wurden mehr Flächen zu ständigen Waldgebieten erklärt, was mit Planung und Überwachung, der Beteiligung von Interessenträgern und der Annahme von Rechtsrahmen für nachhaltige Waldbewirtschaftung einherging. Weltweit steigt der Anteil von Waldschutzgebieten und Wäldern mit langfristigen Bewirtschaftungsplänen. Aus Daten von 2017 geht auch hervor, dass Waldflächen, denen von unabhängigen Stellen eine nachhaltige Bewirtschaftung bescheinigt wurde, weltweit und auch in den meisten Regionen zunehmen. In einigen Regionen, insbesondere tropischen, sind Entwaldung und Walddegradation jedoch nach wie vor besorgniserregend, und es bedarf einer umfassenden nachhaltigen Wald- und Flächenbewirtschaftung.

Matrix der Fortschritte bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Region	Jährliche Netto-Veränderungsrate der Waldfläche von 2005–2010 bis 2010–2015	Oberirdische Biomasse in Wäldern, Veränderung 2010-2015	Anteil der Waldflächen innerhalb ausgewiesener Schutzgebiete, Veränderung 2010-2015	Anteil der Waldflächen mit langfristigem Bewirtschaftungsplan, Veränderung 2005-2010	Zertifizierte Waldflächen, Veränderung 2015-2017
Zentral- und Südasien	▲	▼	●	▲	▼
Ost- und Südostasien	▲	▼	▲	▲	▲
Nordafrika und Westasien	▼	▲	▲	▲	●
Afrika südlich der Sahara	●	●	▲	▲	▲
Europa und Nordamerika	▲	▲	●	●	▲
Lateinamerika und Karibik	●	▲	▲	▲	▲
Ozeanien*	●	●	▲	▲	▼
Welt	●	●	▲	▲	▲

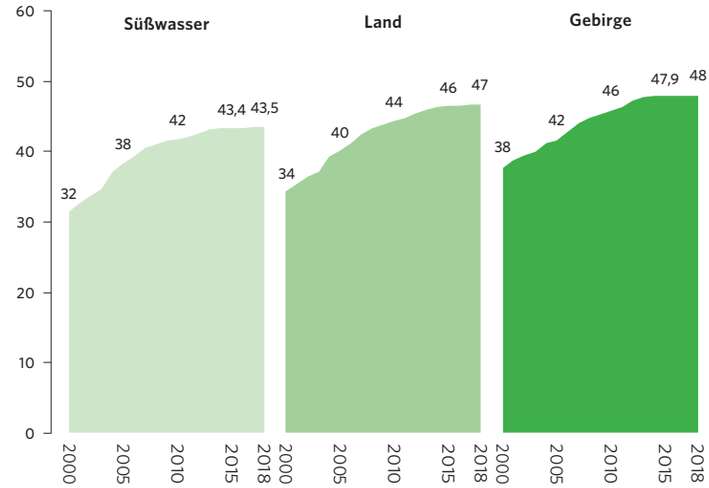
▲ Positive Änderung ● Keine/kaum Änderung ▼ Negative Änderung

Anmerkung: Die jährliche Netto-Veränderungsrate der Waldfläche errechnet sich über eine Formel des durchschnittlichen jährlichen Wachstums.

Mehr für die weltweite Biodiversität besonders wichtige Gebiete werden unter Schutz gestellt

Der unter Schutz stehende Anteil der für die weltweite Biodiversität besonders wichtigen Gebiete steigt für Süßwasser-, Land- und Gebirgsökosysteme weiter an, nämlich zwischen 2000 und 2018 um durchschnittlich mehr als 10 Prozentpunkte. In Europa und Nordamerika ist nicht nur der Anteil der Schutzgebiete an den für die Biodiversität besonders wichtigen Land-, Süßwasser- und Berggebieten mit durchschnittlich 55, 63 bzw. 68 Prozent am höchsten, sondern es werden dort auch die höchsten jährlichen Wachstumsraten bei den für die Biodiversität besonders wichtigen Land- und Süßwassergebieten, die unter Schutz gestellt werden, verzeichnet. Die entsprechende Wachstumsrate für Berggebiete liegt in Ozeanien mit 1 Prozent pro Jahr am höchsten, und diese Region verzeichnet seit 2000 auch den größten Gesamtanstieg (19 Prozent). Der Schutz für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete erhält wichtiges Naturkapital und kritische Ökosystemfunktionen, die das menschliche Wohl fördern und Gemeinschaften resilienter machen.

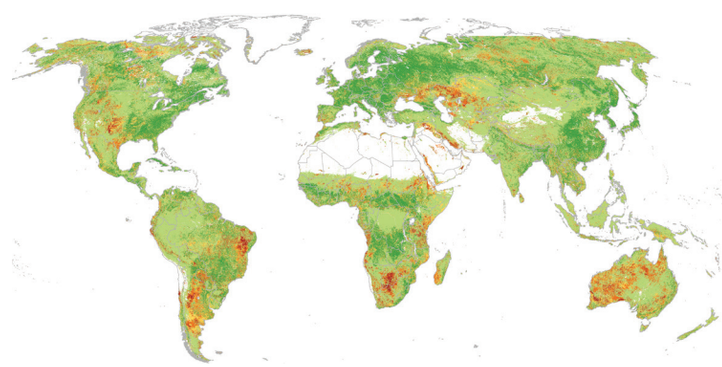
Durchschnittlicher Anteil der für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Land-, Süßwasser- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2000–2018 (in Prozent)



Landverödung bedroht die Existenzgrundlagen von über einer Milliarde Menschen

Aufgrund erhöhten Konkurrenzdrucks bei der Flächennutzung halten Boden- und Landverödung an, was die Sicherheit und die Entwicklung aller Länder untergräbt. Von 1999 bis 2013 ging in etwa einem Fünftel der Vegetationsgebiete der Erde die Produktivität stetig zurück, hauptsächlich aufgrund der Land- und Wassernutzung und -bewirtschaftung. Bis zu 24 Millionen Quadratkilometer Land (oder die Gesamtfläche Chinas, Indiens und der USA), davon 19 Prozent Anbaufläche, 16 Prozent Waldfläche, 19 Prozent Gras- und 28 Prozent Weideland, sind davon betroffen. Für Gras- und Weideland geht die Produktivität weltweit auf mehr Flächen zurück, als sie steigt. Südamerika und Afrika sind am stärksten von sinkender Produktivität betroffen: In manchen Trockengebieten führt fortgeschrittene Landverödung zu Wüstenbildung. Die Umkehr dieses Negativtrends durch nachhaltige Landbewirtschaftung ist entscheidend, um die Lebensverhältnisse und die Resilienz von über 1 Milliarde Menschen zu verbessern, die in verödeten Gebieten leben.

Weltkarte der Bodenproduktivität – 1999-2013



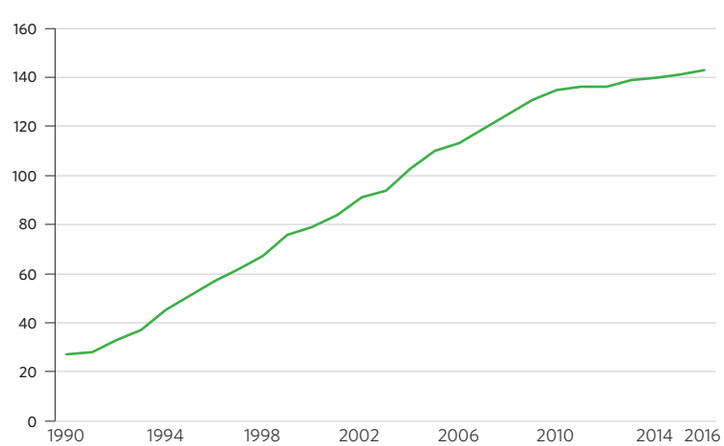
Sinkend · Mäßig sinkend · Angespannt · Stabil · Steigend · Keine Daten

Anmerkung: Die Karte zeigt fünf persistente Verläufe der Bodenproduktivität im Zeitraum 1999-2013. Bodenproduktivität ist eine wichtige Variable für die Erkennung und Überwachung aktiver Veränderungen, die typischerweise mit Landverödung einhergehen. Sie lässt sich ausdrücken als Äquivalent der terrestrischen Nettoprimärproduktivität je Flächen- und Zeiteinheit und beschreibt die Gesamtkapazität des Bodens zur Erhaltung von Biodiversität und zur Erbringung von Ökosystemdienstleistungen.

Trotz stärkerer Bekämpfung invasiver Arten tragen sie weiter erheblich zum Verlust biologischer Vielfalt bei

Nach dem Verlust von Lebensraum gelten invasive gebietsfremde Arten, darunter Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen, als eine der Hauptursachen des Biodiversitätsverlusts und -rückgangs. Die Folgen sind für kleine Inselentwicklungsländer am schwersten. In Reaktion darauf haben seit 2010 19 Prozent mehr Länder nationale Rechtsvorschriften zur Verhütung und Eindämmung der Ausbreitung solcher Arten erlassen. Auch haben drei Viertel der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt entsprechende Zielvorgaben in ihre nationalen Biodiversitätsstrategien aufgenommen. In mehr als 88 Prozent der 81 befragten Länder ist ein Ministerium oder eine nationale Stelle für das Vorgehen gegen invasive Arten zuständig, doch haben mehr als ein Drittel dieser Länder weder Haushaltsmittel dafür veranschlagt, noch bei globalen Mechanismen Finanzmittel beantragt. Das Problem wird dadurch noch verschärft, dass nichts auf ein Abflauen der Gesamtrate biologischer Invasionen hindeutet, sondern dass Anzahl und Ausbreitung invasiver Arten durch vermehrten Handel und Verkehr zunehmen.

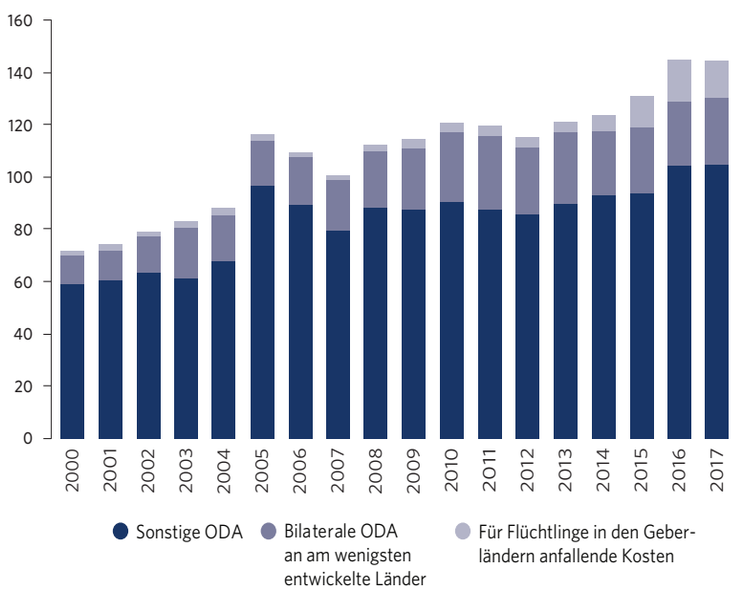
Kumulierte Zahl der Länder, die nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt über ihre nationalen Rechtsvorschriften betreffend die Abwehr oder Eindämmung invasiver gebietsfremder Arten Bericht erstatten (1990–2016)



SCHWERPUNKTZIELE DES HOCHRANGIGEN POLITISCHEN FORUMS
Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Zwar liegt die Hauptverantwortung für die Erreichung der ambitionierten Ziele und Zielvorgaben der Agenda 2030 bei den einzelnen Ländern, doch sind internationale Unterstützung und Partnerschaften unverzichtbar, besonders für die ärmsten Länder und die Länder, die aufgrund ihrer geografischen Lage vor besonderen Herausforderungen stehen. Ziel 17 soll weltweite Partnerschaften zur Erreichung der Ziele der Agenda stärken und zu diesem Zweck einzelstaatliche Regierungen, die internationale Gemeinschaft, die Zivilgesellschaft, den Privatsektor und andere Akteure zusammenbringen.

Öffentliche Netto-Entwicklungshilfe (ODA) aus den OECD/DAC-Ländern – 2000–2017 (in Milliarden konstanter US-Dollar) (Basisjahr 2016)

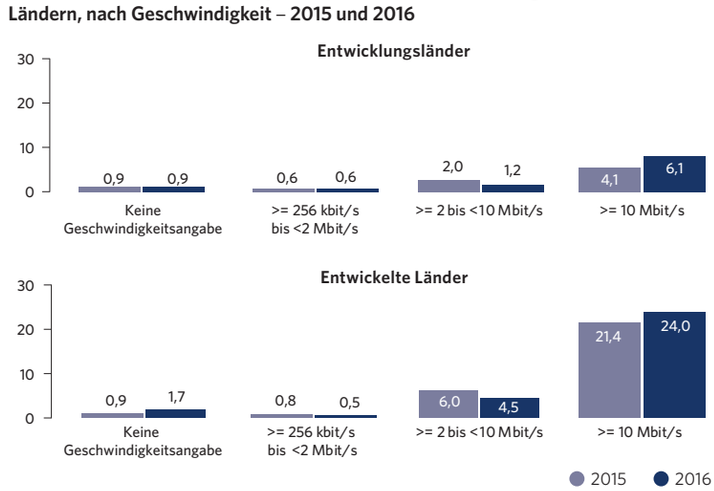


Weniger Flüchtlingshilfe ließ die öffentliche Entwicklungshilfe 2017 leicht sinken

2017 betrug die öffentliche Netto-Entwicklungshilfe aus den Ländern, die dem Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, insgesamt 146,6 Milliarden Dollar und damit real etwas weniger (0,6 Prozent) als 2016. Hauptgrund sind geringere Inlandsausgaben für Flüchtlinge in den Geberländern: 2017 gaben die DAC-Länder 14,2 Milliarden Dollar (9,7 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe) für ihre Aufnahme von Flüchtlingen aus – ein realer Rückgang um 13,6 Prozent gegenüber 2016. Die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder an die am wenigsten entwickelten Länder stieg seit 2016 real um 4 Prozent.

Die Vereinten Nationen haben einen Richtwert für die öffentliche Entwicklungshilfe von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) eines Landes festgelegt, den jedoch nur fünf DAC-Länder – Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich – erreichten. Insgesamt lag die öffentliche Entwicklungshilfe auch 2017 bei 0,31 Prozent des BNE. Insgesamt belief sich die humanitäre Hilfe 2017 auf 15,5 Milliarden Dollar; ein Realanstieg um 6,1 Prozent gegenüber 2016.

Festnetz-Breitbandanschlüsse je 100 Einwohner in Entwicklungs- und entwickelten Ländern, nach Geschwindigkeit – 2015 und 2016



Hochgeschwindigkeits-Breitbandinternet über Festnetz bleibt in den Entwicklungsländern weitgehend unzugänglich

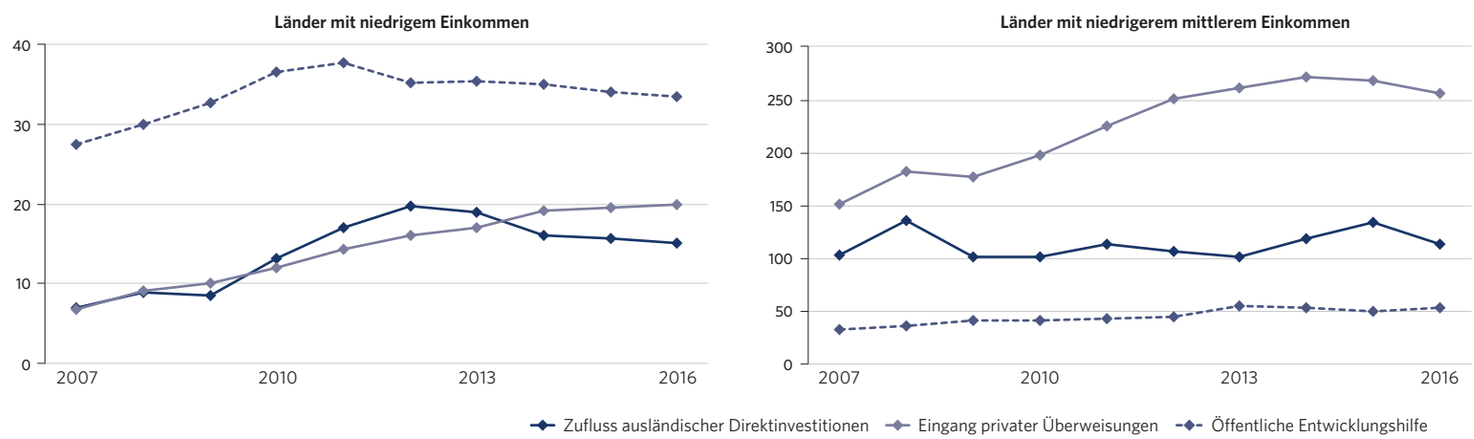
Obwohl die Hochgeschwindigkeits-Breitbandanschlüsse über Festnetz weltweit zunehmen, ist diese Art der Internetverbindung für Menschen in den Entwicklungsländern immer noch weitgehend unzugänglich. 2016 hatten nur 6 Prozent der Bevölkerung dieser Länder Zugang zu Hochgeschwindigkeits-Breitbandinternet über Festnetz, während es in den entwickelten Ländern 24 Prozent waren. Dieser Zugang kann die internationale Zusammenarbeit stärken, den Zugang zu Wissenschaft, Technologie und Innovation verbessern und den Wissensaustausch erleichtern. Umgekehrt beeinträchtigen die begrenzte Kapazität und Geschwindigkeit von Festnetz-Breitbandverbindungen deren Qualität und Funktionalität als Entwicklungsinstrument und verstärken so bestehende Ungleichheiten.

Heimatüberweisungen sind für Familien und Gemeinden in Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen eine Lebensader

Das Gesamtvolumen der ausländischen Direktinvestitionen, der öffentlichen Entwicklungshilfe und der Heimatüberweisungen internationaler Migranten in Länder mit niedrigem Einkommen stieg zwischen 2007 und 2013 von 41,2 auf 71,4 Milliarden Dollar und sank dann 2016 auf 68,5 Milliarden Dollar ab. Der Anstieg war hauptsächlich der stetigen Zunahme der Überweisungsströme von 6,8 Milliarden Dollar 2007 auf 19,9 Milliarden Dollar 2016 zuzuschreiben. Für Länder mit niedrigem Einkommen war öffentliche Entwicklungshilfe nach wie vor die größte Quelle ausländischer Finanzmittel. In Ländern mit niedrigerem mittlerem Einkommen hingegen machten Heimatüberweisungen den Großteil (61 Prozent) der Zuflüsse aus dem Ausland aus, die zwischen 2007 und 2015 von 287,9 Milliarden Dollar auf 452,9 Milliarden Dollar anstiegen und 2016 dann auf 422,1 Milliarden Dollar absanken.

Entgegen dem steigenden Trend des letzten Jahrzehnts stagniert das Wachstum der öffentlichen Entwicklungshilfe und der ausländischen Direktinvestitionen seit einigen Jahren. Verglichen mit diesen beiden Formen der Auslandsfinanzierung sind private Überweisungen oft eine verlässlichere, weniger stark schwankende Einkommensquelle, die 2016 für Länder mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen bei mehr als dem Dreifachen der öffentlichen Entwicklungshilfe und höher als die Summe der öffentlichen Entwicklungshilfe und der ausländischen Direktinvestitionen lag. In Verbindung mit den anderen Formen der Auslandsfinanzierung können Heimatüberweisungen die Kreditbeschränkungen armer Haushalte mindern, den Aufbau von Vermögen und unternehmerische Investitionen erleichtern und die Armut senken.

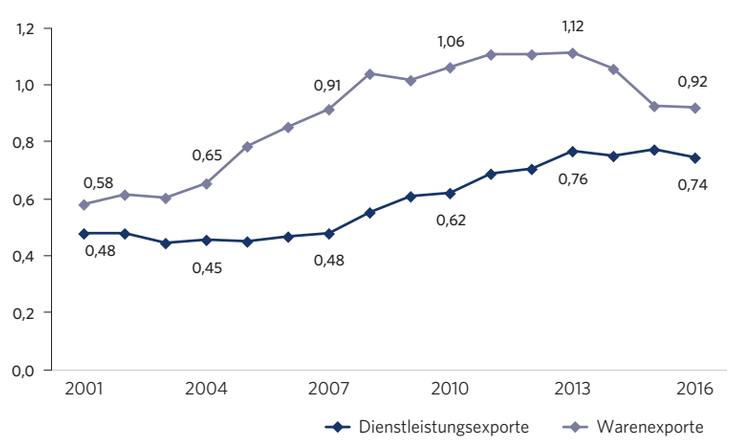
Volumen ausländischer Direktinvestitionen, öffentlicher Entwicklungshilfe und privater Überweisungsströme – 2007–2016 (in Milliarden US-Dollar zum Gegenwartswert)



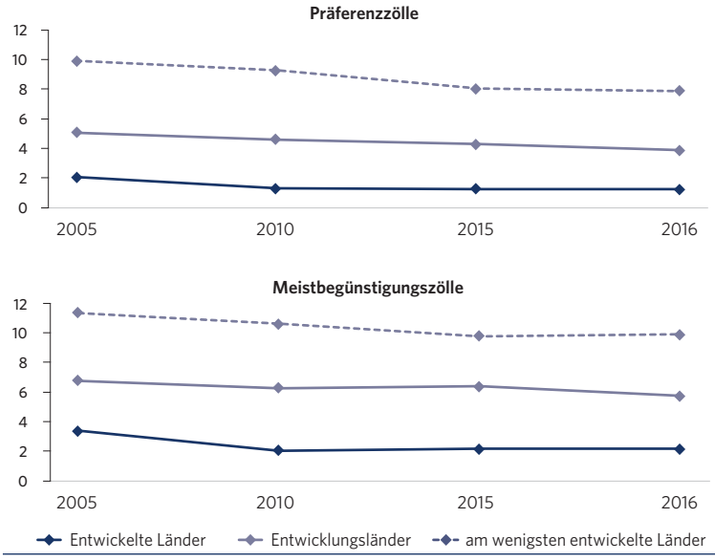
Die Marktanteile der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder sind rückläufig

Die Stagnation im Welthandel seit 2011 brachte für die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder eine Unterbrechung bei der Steigerung ihres Weltmarktanteils. Der Anteil der Entwicklungsregionen an den weltweiten Warenexporten sank zwei Jahre in Folge von 45,4 Prozent im Jahr 2014 auf 44,2 Prozent im Jahr 2016 – ein starker Kontrast zu dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum um 1,2 Prozentpunkte zwischen 2001 und 2012. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Warenexporten sank zwischen 2013 und 2016 von 1,1 Prozent auf 0,9 Prozent, während er zwischen 2000 und 2013 von 0,6 Prozent auf 1,1 Prozent gestiegen war. Ähnlich entwickelten sich die Dienstleistungsexporte: Dort lag der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder 2016 bei 0,74 Prozent; ein leichter Rückgang gegenüber 2013. Ihr niedrigerer Anteil an den weltweiten Exporten geht hauptsächlich auf sinkende Rohstoffpreise zurück, denn viele der am wenigsten entwickelten Länder führen vorwiegend Grundstoffe wie Minerale, Erze und Brennstoffe aus.

Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Waren- und Dienstleistungsexporten – 2001–2016 (in Prozent)



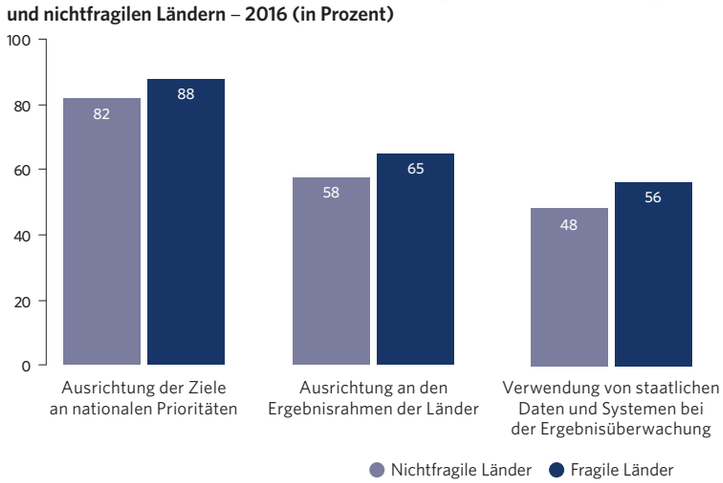
Handelsgewichteter Durchschnitt der unter Präferenz- und Meistbegünstigungsabkommen erhobenen Einfuhrzölle – 2005-2016 (in Prozent)



Die Einfuhrzölle für entwickelte wie für Entwicklungsländer sinken weiter

Für alle Ländergruppen sind die im Rahmen von Präferenzhandelsabkommen, darunter bilaterale und regionale Freihandelsabkommen, auf Einfuhren erhobenen Zölle im Laufe der Zeit gesunken. 2016 lag der handelsgewichtete durchschnittliche Präferenzzollsatz für Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern bei 7,9 Prozent und damit um 2 Prozentpunkte niedriger als 2005. Für die Entwicklungsregionen lag der Präferenzzollsatz 2016 bei durchschnittlich 3,9 Prozent; ein Rückgang um 1,2 Prozentpunkte im selben Zeitraum. Auch die Meistbegünstigungszollsätze, die die Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation untereinander anwenden, sofern sie kein Präferenzhandelsabkommen geschlossen haben, sind für alle Ländergruppen gesunken.

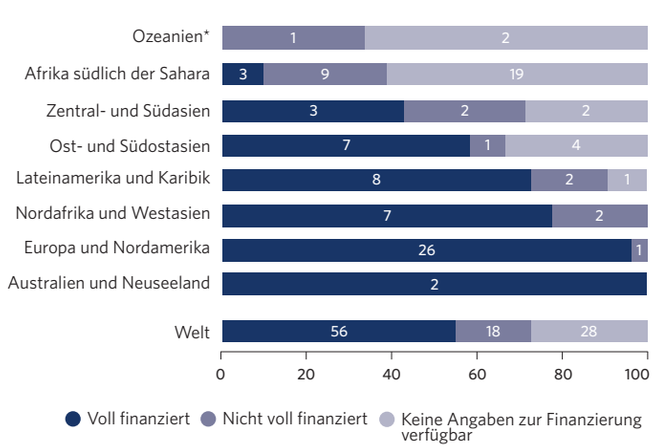
Ausmaß der Verwendung ländergesteuerter Ergebnisrahmen und Planungsinstrumente durch die Bereitsteller von Entwicklungszusammenarbeit in fragilen und nichtfragilen Ländern – 2016 (in Prozent)



Es muss mehr getan werden, um die Entwicklungszusammenarbeit an den Entwicklungsprioritäten und -ergebnissen des jeweiligen Landes auszurichten, insbesondere in fragilen Ländern

Die Entwicklungspartner müssen mehr tun, um ihre Unterstützung an den nationalen Entwicklungsstrategien und Ergebnisrahmen der Regierungen auszurichten, insbesondere in fragilen Ländern, und dabei den politischen Spielraum des jeweiligen Landes und seine Führung bei der Bestimmung seines eigenen Weges zur nachhaltigen Entwicklung achten. 2016 nahmen 40 fragile Länder an einem weltweiten Projekt teil, das die Ausrichtung von Entwicklungsprojekten an den nationalen Rahmen und Prioritäten überwachte. Im Ergebnis waren die Ziele von 82 Prozent der neuen Entwicklungsprojekte an den nationalen Prioritäten ausgerichtet. Bei der Festlegung der erwarteten Ergebnisse jedoch kamen nur 58 Prozent der Ergebnisindikatoren aus von den Ländern gesteuerten Ergebnisrahmen. Die Überwachung der Fortschritte und Entwicklungsergebnisse erfolgte in mehr als der Hälfte der Projekte über parallele Systeme und Daten und nicht mittels Integration in vorhandene staatliche Systeme.

Anzahl und Anteil der Länder, die einen nationalen statistischen Plan umsetzen , nach Finanzierungsstand – 2017 (in Zahlen und Prozent)



Anmerkung: Die Zahlen in den Balken beziehen sich auf die Zahl der Länder, die nationale statistische Pläne umsetzen. Die horizontale Achse und die Länge des Balkens beschreiben den Anteil der Länder, die solche Pläne umsetzen.

Die meisten Länder in Afrika südlich der Sahara haben einen nationalen statistischen Plan, doch nur wenige davon sind voll finanziert

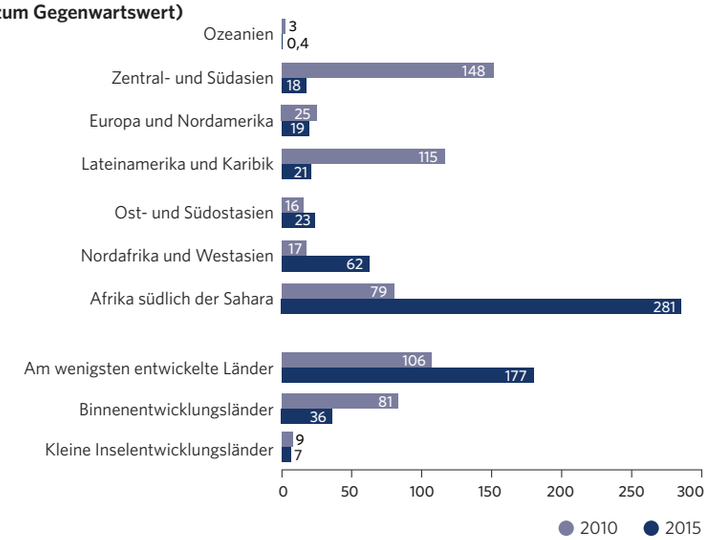
102 Länder und Gebiete setzten 2017 nationale statistische Pläne um. Afrika südlich der Sahara war mit Plänen in 31 Ländern unter den Entwicklungsregionen führend. Von den weltweit 56 Ländern mit voll finanzierten Plänen lagen 26 in Europa und Nordamerika und nur drei in Afrika südlich der Sahara. Starke, kohärente und durchführbare nationale statistische Pläne mit politischer Unterstützung haben sich für den Aufbau von Kapazitäten im gesamten nationalen Statistiksystem als wirksam erwiesen. So können Länder der wachsenden Datennachfrage entsprechen und verfügen zugleich über einen Rahmen für die Mobilisierung nationaler wie internationaler Ressourcen.

2017 hatten 71 der 98 Länder mit Daten nationale Rechtsvorschriften im Bereich Statistik, die den Grundprinzipien der amtlichen Statistik entsprachen. Von diesen 71 Ländern lagen 34 in Europa und Nordamerika. Mehr Entwicklungsländer müssen solide und politisch unterstützte Rechtsvorschriften im Bereich Statistik erlassen, damit ihr nationales Statistiksystem transparent und unabhängig arbeiten kann.

Trotz steigender Anforderungen fließt weiter wenig öffentliche Entwicklungshilfe in den Aufbau statistischer Kapazitäten

2015 erhielten die Entwicklungsländer von multilateralen und bilateralen Gebern für alle Bereiche der Statistik finanzielle Unterstützung in Höhe von 541 Millionen Dollar. In den am wenigsten entwickelten Ländern lag diese Unterstützung 2015 bei 177 Millionen Dollar; 2010 waren es 106 Millionen Dollar gewesen. Zwar wird zunehmend erkannt, wie wichtig Statistik ist, großteils dank der Ziele für nachhaltige Entwicklung, aber der Anteil der für Statistik vorgesehenen öffentlichen Entwicklungshilfe stagniert seit 2010 bei etwa 0,3 Prozent. Es bedarf anhaltender und umfangreicherer technischer und finanzieller Unterstützung, damit die Länder in den Entwicklungsregionen über die erforderlichen Daten verfügen, um ihre nationale Entwicklungsagenda vollständig umsetzen und überwachen zu können.

Gesamte für den Aufbau von Statistikkapazitäten bestimmte öffentliche Entwicklungshilfe† – 2010 und 2015 (in Millionen US-Dollar zum Gegenwartswert)



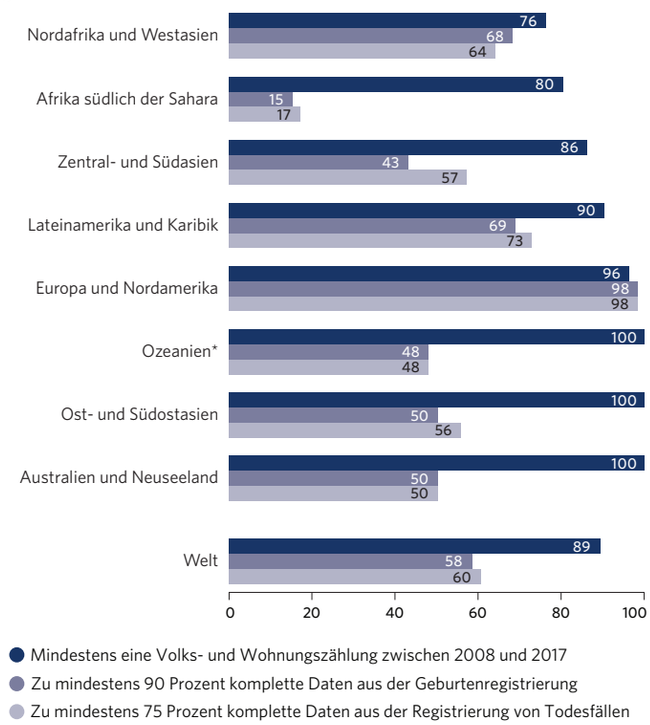
† Nur länderspezifische Mittelzusagen. Nicht zugewiesene Mittelzusagen für mehrere Länder/Regionen (im Wert von 186 Millionen Dollar) sind ausgeschlossen.

Noch immer gibt es nicht überall Volkszählungen und Personenstandsstatistiken

Volks- und Wohnungszählungen liefern grundlegende Informationen über die Größe, das Wachstum, die Verteilung, die Aufenthaltsorte und die Merkmale der Bevölkerung eines Landes. Sie sind eine Quelle vielfältiger statistischer Informationen und ermöglichen die detaillierte Aufschlüsselung von Daten, die für die Formulierung, Umsetzung und Überwachung von Entwicklungspolitik und -programmen benötigt werden. Zwischen 2008 und 2017 führten 89 Prozent der Länder und Gebiete weltweit mindestens eine Volks- und Wohnungszählung durch.

Zugleich jedoch sind die Registrierung von Geburten und Todesfällen und die Vollständigkeit der Personenstandsstatistiken selbst in Ländern mit funktionierenden Systemen für die Zivilregistrierung weiter problematisch. Für den Zeitraum 2012-2016 hatten 143 Länder und Gebiete zu mindestens 90 Prozent vollständige Daten aus der Geburtenregistrierung; in Afrika südlich der Sahara war dies nur in 8 von 53 Ländern der Fall. Für denselben Zeitraum verfügten 148 Länder und Gebiete über zu mindestens 75 Prozent vollständige Daten aus der Registrierung von Todesfällen; in Afrika südlich der Sahara traf dies nur auf 9 von 53 Ländern zu.

Anteil der Länder, die mindestens eine Volks- und Wohnungszählung durchführten – 2008–2017, Anteil der Länder, deren Daten aus der Registrierung von Todesfällen zu mindestens 75 Prozent komplett sind, und Anteil der Länder, deren Daten aus der Geburtenregistrierung zu mindestens 90 Prozent komplett sind – 2012–2016 (in Prozent)



Hinweise für die Leser*

Rahmen globaler Indikatoren zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Mai 2018) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Für sie liegen genügend Daten vor, um einen regionalen und globalen Überblick zu geben. Der Rahmen globaler Indikatoren[1] wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung in Resolution 71/313 angenommen. Die Indikatoren dienen zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene. Mit der Auswahl der Indikatoren in diesem Bericht soll keine Gewichtung vorgenommen werden, da alle Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren gleich wichtig sind.

Die Zusammensetzung der Regionen und Subregionen in diesem Bericht baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden.[2]

Datenquellen und Grundlagen dieser Analyse

Die Werte für die meisten Indikatoren in diesem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist. Ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von internationalen Stellen aufgrund ihres Mandats und ihrer speziellen Sachkompetenz aus nationalen Statistiksystemen zusammengestellt werden. Die in das internationale Statistiksystem einfließenden nationalen Daten werden oft zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sind die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorzunehmen.

Die VN-Statistikabteilung führt eine Datenbank zu diesem Bericht mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, die unter https://unstats.un.org/sdgs zu finden ist.

Zwar erleichtern die vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region erheblich von den Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung in vielen Teilen der Welt.

Investitionen in Daten zugunsten der vollen Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Hochwertige Daten sind Voraussetzung dafür, dass Regierungen, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und die Allgemeinheit fundierte Entscheidungen treffen und eine genaue Überprüfung der Umsetzung der Agenda 2030 sicherstellen können. Für die Fortschrittsverfolgung bei den Nachhaltigkeitszielen müssen einzigartige Mengen von Daten und statistischen Angaben auf subnationaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene erhoben, verarbeitet, analysiert und verbreitet werden – die, die aus offiziellen Statistiksystemen stammen, ebenso wie die aus neuen und innovativen Datenquellen.

Viele nationale Statistiksysteme stehen in dieser Hinsicht vor ernsten Problemen, was dazu führt, dass präzise und aktuelle Informationen über bestimmte Aspekte des Lebens von Menschen unbekannt sind, zahlreiche Gruppen und Personen „unsichtbar" bleiben und viele Entwicklungsprobleme noch immer unzureichend verstanden werden. In Resolution 70/1 der Generalversammlung (Ziffer 57) erkannten die Mitgliedstaaten die entscheidende Rolle einer besseren Datenerhebung und eines verstärkten Kapazitätsaufbaus an und verpflichteten sich, dem Defizit im Bereich der Datenerhebung abzuhelfen. Der Globale Aktionsplan von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung, der 2017 auf der 48. Tagung der Statistischen Kommission angenommen wurde, bietet einen Fahrplan für die Modernisierung und Stärkung von Statistiksystemen.

Wo möglich, soll sich die globale Überwachung auf vergleichbare und standardisierte nationale Daten stützen, die über bewährte Mechanismen der Berichterstattung aus den Ländern in das internationale Statistiksystem einfließen. Die Zusammenarbeit zwischen nationalen Statistiksystemen und regionalen und internationalen Organisationen ist für einen wirksamen Fluss international vergleichbarer Daten unverzichtbar. Diese Mechanismen können durch die Stärkung der Koordinierungsfunktion nationaler Statistikämter in den nationalen Statistiksystemen verbessert werden.

Die Gewinnung von Daten für die volle Umsetzung der Agenda 2030 erfordert feste politische Entschlossenheit und mehr Ressourcen zur Unterstützung globaler und nationaler Maßnahmen zur Stärkung der Statistiksysteme. Zusätzlich sind neue Datenquellen und Technologien für die Datenerhebung und die Integration verschiedener Datenquellen zu erkunden, auch im Rahmen von Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den Hochschulen. Besonders wichtig für die Erstellung zahlreicher Indikatoren ist die Integration von Geoinformationen und -statistiken.

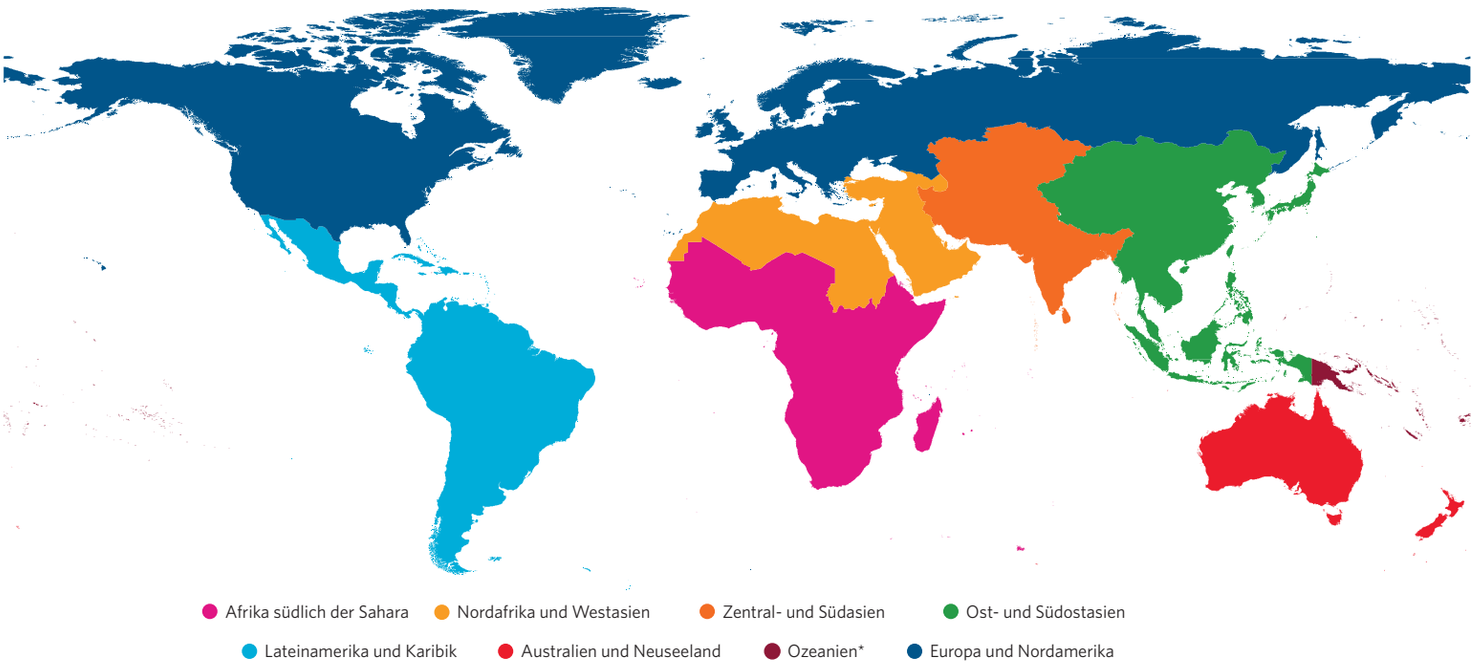
---

* Personenbezeichnungen, die in diesem Dokument aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form wiedergegeben sind, umfassen Personen jeden Geschlechts.

1 Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list.

2 Die Zusammensetzung dieser Subregionen geht aus dem nächsten Abschnitt „Regionale Gruppen" hervor.

Regionale Gruppen



Anmerkungen:
- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
- Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die nach den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)[3] der VN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden zur Erleichterung der Präsentation zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im VN-System keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analysezwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.[4]

Zusätzlich enthalten Text und Schaubilder nach Möglichkeit auch Daten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer; Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

[3] Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49.

[4] Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt	© FAO
Seite 2	© UNICEF/Harandane Dicko
Seite 18	© UNICEF/Olivier Asselin
Seite 22	© UNDP Picture This/Kailash
Seite 24	© Weltbank/Dominic Chavez
Seite 26	© UNDP Picture This/Joydeep Mukherjee
Seite 28	© Nermesh Singh
Seite 30	© UNICEF/Giacomo Pirozzi

Karten: Die Karte auf Seite 12 stammt aus dem *UNODC Global Report on Trafficking in Persons 2016*.
Die Karte auf Seite 19 stammt aus WHO-UNHABITAT 2018.
Die Karte auf Seite 23 stammt aus *2018 Tracking SDG7: The Energy Progress Report*, einem gemeinsamen Bericht der Internationalen Energie-Agentur, der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien, der Statistikabteilung der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation.
Die Karte auf Seite 27 stammt von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen. Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen bereitgestellt.
Die Karte auf Seite 29 stammt aus dem *World Atlas of Desertification*, 3. Ausgabe 2018 der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission und ist auch in der ersten Ausgabe des *Global Land Outlook* enthalten.

Symbole: Die Symbole auf den Seiten 4 bis 13 und 27 stammen von thenounproject.com unter einer NounPro-Lizenz.

Gestaltung: Gruppe Grafikdesign/Hauptabteilung Presse und Information

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Satz und Lektorat: Sektion Manuskriptvorbereitung und Korrekturlesen der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement (DGACM)

Redaktion: Lois Jensen

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York

Copyright © 2018 Vereinte Nationen
Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (http://www.copyright.com) zu richten.
Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:
United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staten von Amerika.
E-Mail: publications@un.org; Website: www.un.org/publications
Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen mit Beiträgen zahlreicher internationaler und regionaler Organisationen gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt wurde, um die Fortschritte bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung jährlich zu bewerten. Die internationalen und regionalen Organisationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikern einzelner Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

ABTEILUNG MEERESANGELEGENHEITEN UND SEERECHT DER VEREINTEN NATIONEN
ALLIANZ DER KLEINEN INSELSTAATEN
ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK
BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE VERRINGERUNG DES KATASTROPHENRISIKOS
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DROGEN- UND VERBRECHENSBEKÄMPFUNG
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN FÜR RECHTSSTAATLICHKEIT UND SICHERHEITSINSTITUTIONEN
BÜRO DER SONDERBEAUFTRAGTEN DES GENERALSEKRETÄRS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR GEWALT GEGEN KINDER
BÜRO DER GESANDTEN DES GENERALSEKRETÄRS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE JUGEND
BÜRO DER HOHEN BEAUFTRAGTEN DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER, BINNENENTWICKLUNGSLÄNDER UND KLEINEN INSELENTWICKLUNGSLÄNDER
BÜRO DER VEREINTEN NATIONEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FRIEDENSKONSOLIDIERUNG
DIENST DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ANTIMINENPROGRAMME
EINHEIT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR GLEICHSTELLUNG UND ERMÄCHTIGUNG DER FRAUEN (UN-FRAUEN)
ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN
ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN
GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS
HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN
HAUPTABTEILUNG WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ANGELEGENHEITEN
HOHES KOMMISSARIAT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHENRECHTE
HOHES FLÜCHTLINGSKOMMISSARIAT DER VEREINTEN NATIONEN
INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION
INTERNATIONALE ENERGIE-AGENTUR
INTERNATIONALE ORGANISATION FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN
INTERNATIONALE STRATEGIE DER VEREINTEN NATIONEN ZUR KATASTROPHENVORSORGE
INTERNATIONALE FERNMELDEUNION
INTERNATIONALE UNION FÜR DIE ERHALTUNG DER NATUR
INTERNATIONALE ZIVILLUFTFAHRT-ORGANISATION
INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS
INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM
INTERPARLAMENTARISCHE UNION
KAPITALENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN
KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN
NACHHALTIGE ENERGIE FÜR ALLE
ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR
ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG
ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG
PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN
RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN
SEKRETARIAT DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIELFALT
STATISTISCHE PARTNERSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IM 21. JAHRHUNDERT (PARIS21)
ÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ZUR BEKÄMPFUNG DER WÜSTENBILDUNG
UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN
UN-ENERGIE
UN-OZEANE
UN-WASSER
WELTBANKGRUPPE
WELTGESUNDHEITSORGANISATION
WELTHANDELSORGANISATION
WELTORGANISATION FÜR METEOROLOGIE
WELTORGANISATION FÜR TOURISMUS
WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA
WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA
WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der VN-Statistikabteilung über die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter https://unstats.un.org/sdgs.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

„... Die Lücken schließen und jede Kluft überbrücken. Durch gemeinsame Ziele Menschen zusammenbringen und so das Vertrauen wiederherstellen. Einigkeit ist unser Weg. Damit steht und fällt unsere Zukunft.“

— *António GUTERRES,*
Generalsekretär der Vereinten Nationen

18-03826